

Familien

in Baden-Württemberg

REPORT



1/2013



Familie und Wohnen

Inhalt

Wichtige Ergebnisse im Überblick	3
---	----------

Editorial	5
------------------	----------

1. Wie wohnen Familien in Baden-Württemberg?	6
1.1 Wohnen: Zur Miete oder im Eigenheim?	6
1.2 Wohnungsgrößen und beengte Wohnverhältnisse	7
1.3 Zufriedenheit mit der Wohnsituation	11
1.4 Finanzielle Belastung durch Wohnkosten	12
1.5 Probleme der Wohnsituation in Baden-Württemberg, Deutschland und der EU	16

2. Familiengerechtes Wohnen und Wohnumfeld	18
2.1 Was macht familiengerechtes Wohnen aus?	18
2.2 Strategien und Instrumente zur Gestaltung eines familiengerechten Wohnumfeldes	22

3. Wohnraumpolitik als Querschnittsaufgabe	24
3.1 Wohnraumförderung in Baden-Württemberg	24
3.2 Wohnraumversorgung einkommensschwacher Haushalte	24

4. Wohnen und Umwelt im internationalen Vergleich	29
--	-----------

Literatur	30
------------------	-----------

Datenquellen	32
---------------------	-----------

Impressum	33
------------------	-----------

Familie und Wohnen

Wichtige Ergebnisse im Überblick

- Familien leben nach Auswertungen des Mikrozensus 2010 in Baden-Württemberg häufiger im eigenen Haus oder in der eigenen Wohnung (57 %) als Lebensformen ohne Kinder (50 %). Deutliche Unterschiede zeigen sich beim Vergleich von Paarfamilien und Alleinerziehenden. Während 62 % der Paare mit Kindern in den eigenen vier Wänden wohnen, sind es von den Alleinerziehenden 27 %.
- Lebensformen ohne Kinder leben in Baden-Württemberg im Schnitt auf rund 56 qm Wohnfläche pro Kopf, bei Familien sind es 31 qm. Kinderreiche Familien, Familien mit Migrationshintergrund und armutsgefährdete Familien verfügen pro Familienmitglied über deutlich weniger Wohnfläche als der Durchschnitt aller Familien.
- Im Hinblick auf die Wohnungsgröße bestehen deutliche Unterschiede zwischen alleinerziehenden Müttern und Vätern. Familien mit alleinerziehenden Müttern haben im Schnitt knapp 10 qm weniger Wohnfläche pro Familienmitglied zur Verfügung als Familien mit alleinerziehenden Vätern (34 qm gegenüber 44 qm).
- 44 % der Familien in Baden-Württemberg verfügen über deutlich weniger Wohnfläche pro Kopf als der Durchschnitt aller Lebensformen und leben damit in vergleichsweise beengten Verhältnissen. Von den Lebensformen ohne Kinder betrifft dies rund 9 %.
- Nach Auswertungen des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) 2009 empfindet jede fünfte Familie in Baden-Württemberg ihre Wohnung als zu klein (20 %). Im Gegensatz dazu teilt diese Einschätzung nur etwa jeder achte Haushalt ohne Kinder (12 %). 33 % der Familien halten ihr Haus zumindest teilweise für renovierungsbedürftig. Für 12 % der Familien in Baden-Württemberg sind Geschäfte des täglichen Bedarfs nicht fußläufig erreichbar, 8 % fühlen sich durch Umwelteinflüsse und 7 % durch Kriminalität beeinträchtigt.
- Im Schnitt gaben Haushalte in Baden-Württemberg 2010 gut ein Fünftel ihres Haushaltsnettoeinkommens für die Bruttokaltmiete aus (22 %). Haushalte mit einem geringen Einkommen müssen einen deutlich höheren Anteil für das Wohnen zur Miete aufbringen als besserverdienende Haushalte.
- Jeder fünfte Haushalt in Baden-Württemberg empfindet die Wohnkosten als große Belastung, 59 % der Haushalte in Baden-Württemberg sehen die Ausgaben für das Wohnen als gewisse Belastung. Familien, insbesondere Alleinerziehende (42 %), fühlen sich stärker durch Wohnkosten belastet als Haushalte ohne Kinder.
- Ein attraktives und familienfreundliches Wohnumfeld trägt maßgeblich zur Wohn- und Lebensqualität von Familien bei. Zu einem familienfreundlichen Wohnumfeld gehören u.a. Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche, nachbarschaftliche Netzwerke und weitere Kontakt- und Vernetzungsmöglichkeiten für Familien sowie eine familienfreundliche Infrastruktur.

- Familien mit einem unterdurchschnittlichen Einkommen finden auf dem freien Wohnungsmarkt kaum angemessene und bezahlbare Wohnungen. Sie werden unterstützt durch finanzielle Transferleistungen wie das Wohngeld oder die Übernahme der Kosten der Unterkunft und Heizung im Rahmen der Grundsicherung. Darüber hinaus ist es für einkommensschwache Haushalte wichtig, dass ein ausreichendes Angebot an preisgünstigem Wohnraum zur Verfügung steht. Die kontinuierlich sinkende Anzahl an preis- und belegungsgebundenen Wohnungen und die allgemein angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt stellen in diesem Zusammenhang derzeit eine große Herausforderung dar.
- In Baden-Württemberg wurde die Wohnraumförderung zu Beginn des Jahres 2012 sozial und ökologisch neu ausgerichtet. Der Förderschwerpunkt liegt seither – so auch beim Landeswohnraumförderungsprogramm 2013, das zum 2. Januar 2013 in Kraft getreten ist –, auf dem Mietwohnungsbereich, vor allem auf der sozialen Mietwohnraumförderung.
- Um einer Verknappung von Wohnraum – insbesondere in Gebieten mit Wohnraum-mangel – entgegenzuwirken, plant die Landesregierung die Einführung eines Zweckentfremdungsverbots für Wohnraum. Des Weiteren soll ein Genehmigungsvorbehalt für die Begründung von Wohn- oder Teileigentum in Gebieten einer Erhaltungssatzung eingeführt werden. Dies soll dazu dienen, bei Vorliegen besonderer städtebaulicher Gründe die Zusammensetzung der alteingesessenen Wohnbevölkerung zu erhalten.
- Die dritte internationale UNICEF-Vergleichsstudie zur Lage der Kinder in den Industrieländern untersuchte als eine von fünf Dimensionen datengestützt erstmals auch Aspekte des Wohnens und der Umwelt. Insgesamt liegt Deutschland auf Platz sechs, wenn es um eine gute Lebensumwelt für Kinder geht (kindliches Wohlbefinden). In der Bewertung der Dimension „Wohnen und Umwelt“ belegte Deutschland von 29 untersuchten Ländern den 13. Platz.

Editorial

Wie und wo Familien wohnen, welche Räume sie zur Verfügung haben, um ihr Familienleben zu gestalten, wirkt sich entscheidend auf die Familie als Ganzes und auf die Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen aus. Zu kleine und schlecht ausgestattete Wohnungen, fehlende Rückzugs- und Bewegungsmöglichkeiten sowie ein wenig attraktives Wohnumfeld können darüber hinaus das Familienklima maßgeblich beeinträchtigen und die Bewältigung des Alltags in Familien erschweren. Familiengerechte Wohnbedingungen zu schaffen, ist daher seit jeher auch ein wichtiges Teilziel von Familienpolitik.

Dieser Report befasst sich im ersten Kapitel mit der Frage „Wie wohnen Familien?“ und stellt ausgewählte Daten zur Wohnsituation von Familien in Baden-Württemberg zusammen. Um die Wohnsituation von Familien adäquat beurteilen zu können, müssen mehrere Dimensionen in den Blick genommen werden. Dazu zählen die Größe der Wohnung (Wohnfläche und zur Verfügung stehende Zimmer), die finanzielle Belastung durch Wohnkosten, die Qualität der Wohnung bzw. Wohnprobleme, die subjektive Einschätzung der Wohnsituation und das Wohnumfeld. Das erste Kapitel stellt hierzu Informationen aus verschiedenen Datenquellen zusammen und gibt u.a. Antworten auf folgende Fragen: Gibt es Unterschiede in der Wohnsituation von Familien und kinderlosen Lebensformen? Wie viel Platz haben Familien zur Verfügung und wie hoch ist der Anteil der Familien, die in beengten Wohnverhältnissen leben? Wie stark fühlen sich Familien durch Wohnkosten belastet? Wie hoch ist der Anteil an Familien, die ihre Wohnung als zu klein empfinden oder Renovierungsbedarf sehen? Sind Geschäfte des täglichen Bedarfs fußläufig erreichbar? Wie wird die Beeinträchtigung durch Umwelteinflüsse oder Kriminalität eingeschätzt?

Nicht nur die Wohnung selbst, sondern auch das Wohnumfeld, der soziale Raum, in dem Kinder und Jugendliche aufwachsen, beeinflusst ihre Entwicklungsmöglichkeiten. Das zweite Kapitel bündelt Erkenntnisse zum Thema „Wohnen und Wohnumfeld“ und geht der Frage nach, was ein familiengerechtes Wohnumfeld ausmacht. Dabei steht in dieser Ausgabe des Reports das direkte Wohnumfeld im Vordergrund. Für Ende 2013 ist eine weitere Ausgabe zum Thema „Familienfreundliche Kommune“ geplant, die das weitere Wohnumfeld und familienfreundliche Bedingungen vor Ort beleuchtet.

Das dritte Kapitel dieses Reports stellt Informationen zur Wohnraumförderung in Baden-Württemberg zusammen und widmet sich der Wohnraumversorgung einkommensschwacher Haushalte, die oft Zugangsschwierigkeiten zum allgemeinen Wohnungsmarkt haben und daher häufiger als andere Familien in sozial benachteiligten Stadtteilen leben. Im vierten Kapitel schließlich werden Ergebnisse des UNICEF-Berichts zur Lage der Kinder in den Industrieländern 2013 vorgestellt, die deutlich machen, wo Deutschland im Hinblick auf das Thema „Familie und Wohnen“ im internationalen Vergleich steht.

Regelmäßigen Leserinnen und Lesern des Reports Familien in Baden-Württemberg wird auffallen, dass sich bei der „Innenansicht“ dieses Reports einiges verändert hat. Da wir bemüht sind, unser Angebot ständig zu verbessern, haben wir das Layout etwas modernisiert. So erlaubt beispielsweise eine Durchnummerierung der Überschriften eine tiefere Gliederung der einzelnen Kapitel. An der bewährten inhaltlichen Konzeption ändert sich nichts. Wir möchten Ihnen mit dem Report weiterhin kompakt aufbereitete datengestützte Informationen zu wichtigen familienpolitischen Themen und Handlungsfeldern an die Hand geben und so zu einer stetigen Verbesserung der Familienfreundlichkeit im Land beitragen.

1. Wie wohnen Familien in Baden-Württemberg?

Wohnbedingungen haben einen großen Einfluss auf das Familienleben. Sie stellen den engsten räumlichen Rahmen dafür dar, wie Familienmitglieder ihre Beziehungen organisieren, wie sie miteinander umgehen, wie Kinder erzogen werden und wie gewirtschaftet wird, kurz wie sich das Alltagsleben in Familien gestaltet.¹ In aller Regel sind Familienhaushalte in Baden-Württemberg Zweigenerationenhaushalte. Dass Kinder, Eltern und Großeltern zusammen in einem Haushalt leben, kommt sehr selten vor. Nach Auswertungen des Mikrozensus 2010 war dies in nur 0,6 % der Haushalte in Baden-Württemberg der Fall.²

Viele Familien wünschen sich Wohneigentum, doch nicht immer lässt sich dies verwirklichen. Wenn dieser Wunsch Realität wird, dann sind damit, trotz staatlicher Fördermaßnahmen, häufig erhebliche finanzielle Belastungen verbunden.

1.1 Wohnen: Zur Miete oder im Eigenheim?

Traditionell zeichnet sich Deutschland im internationalen Vergleich durch eine niedrige Eigentümerquote aus, wenngleich diese in den letzten Jahren langsam, aber kontinuierlich gestiegen ist.³ Nach ersten Ergebnissen des Zensus 2011 lag die Eigentümerquote am Zensusstichtag (09.11.2011) bundesweit bei rund 46 %. Damit wohnte die Mehrheit der Haushalte in Deutschland nach wie vor zur Miete. In Baden-Württemberg gab es rund 5,2 Mill. Wohnungen, von denen knapp 2,55 Mill. von Eigentümerinnen und Eigentümern bewohnt waren (49 %).⁴

Diese Ergebnisse decken sich weitgehend mit Berechnungen des Statistischen Bundesamtes auf der Basis des Mikrozensus 2010.⁵ Danach wird knapp die Hälfte aller bewohnten Wohnungen in Deutschland von den Eigentümerinnen und Eigentümern selbst genutzt. Bundesweit lag die Eigentümerquote 2010 bei fast 46 % und ist damit im Vergleich zu 2002 deutlich gestiegen (+3,1 Prozentpunkte). In Baden-Württemberg waren 53 % der Wohnungen von Eigentümerinnen und Eigentümern selbst bewohnt (2002: 49 %).⁶

Die Betrachtung der Wohnsituation nach Lebensformen zeigt, dass in Baden-Württemberg gut die Hälfte aller Lebensformen im eigenen Haus oder in der eigenen Wohnung lebt (52 %). Familien sind häufiger Eigentümer (57 %) als Lebensformen ohne Kinder (50 %).⁷ Deutliche Unterschiede zeigen sich beim Vergleich von Paarfamilien und Alleinerziehenden. Während 62 % der Paare mit Kindern in den eigenen vier Wän-

1 Wingen, M., 1994, S. 246.

2 Vergl. Report Familien in Baden-Württemberg 3/2012 „Generationenbeziehungen: Kinder – Eltern – Großeltern“, http://www.fafo-bw.de/BevoelkGebiet/FaFo/Familien_in_BW/R20123.pdf.

3 Die Eigentümerquote bezeichnet den Anteil der von Eigentümerinnen und Eigentümern selbst bewohnten Wohnungen an allen bewohnten Wohnungen in Wohngebäuden.

4 Weitere Informationen zu ersten Ergebnissen der Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung unter http://www.statistik-bw.de/Veroeffentl/Statistik_AKTUELL/803413002.pdf.

5 Alle 4 Jahre werden in einer Zusatzerhebung des Mikrozensus Fragen zum Wohnungsbestand und zur Wohnungssituation gestellt (zuletzt 2010). Die folgenden Angaben beziehen sich, soweit nicht anders ausgewiesen, auf diese Datenquelle.

6 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes, <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/EinkommenKonsumLebensbedingungen/Wohnen/Tabellen/EntwicklungEigentuemerquote.html>, weitere Informationen unter <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/EinkommenKonsumLebensbedingungen/Wohnen/Wohnen.html>.

7 Soweit nicht anders angegeben, zählen zu den Familien Paare und Alleinerziehende mit Kindern unter 18 Jahren.

den leben, sind es von den Alleinerziehenden 27 %. Von den Familien mit Migrationshintergrund lebten 2010 rund 40 % im selbst genutzten Wohneigentum und damit deutlich weniger als der Durchschnitt aller Familien. Mit steigendem Einkommen nimmt der Anteil der Eigentümerinnen und Eigentümer zu. Von den Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen zwischen 1 100 und 2 000 Euro verfügen gut 40 % über Wohneigentum, in der Einkommensklasse von 5 000 Euro und mehr sind es prozentual gesehen doppelt so viele (80 %).

1.2 Wohnungsgrößen und beengte Wohnverhältnisse

Die durchschnittliche Wohnungsgröße von Lebensformen ohne Kinder liegt in Baden-Württemberg bei 94 qm. Familien leben erwartungsgemäß in größeren Wohnungen. Sie bewohnen im Schnitt 119 qm. Sowohl bei Paarfamilien, die im Durchschnitt 123 qm zur Verfügung haben, als auch bei Alleinerziehenden nimmt die Wohnungsgröße mit steigender Kinderzahl zu. Während Paare mit einem Kind im Schnitt in einer Wohnung mit ca. 118 qm leben, beträgt die durchschnittliche Wohnungsgröße bei Paaren mit drei und mehr Kindern 131 qm.

Allerdings ist allein die Größe der Wohnung wenig aussagekräftig. Sieht man die Wohnungsgröße in Relation zur Anzahl der Familienmitglieder, so zeigt sich, dass Familien deutlich weniger Wohnfläche pro Kopf zur Verfügung steht als Lebensformen ohne Kinder (rund 31 qm im Vergleich zu 56 qm). Darüber hinaus sinkt die verfügbare Wohnfläche pro Kopf mit zunehmender Kinderzahl. Im Durchschnitt hat in Paarfamilien in Baden-Württemberg jedes Familienmitglied etwa 30 qm Wohnfläche zur Verfügung. Bei Paarfamilien mit einem oder zwei Kindern sind es 34 qm bzw. 30 qm, in Familien mit drei und mehr Kindern 24 qm. Kinderreiche Familien leben demnach in beengteren Wohnverhältnissen als kleinere Familien.⁸

Familien mit einem alleinerziehenden Elternteil leben im Schnitt auf 95 qm, pro Familienmitglied stehen ihnen durchschnittlich 35 qm zur Verfügung. Deutliche Unterschiede bestehen zwischen alleinerziehenden Müttern und Vätern. Während alleinerziehende Mütter mit ihren Kindern insgesamt durchschnittlich 92 qm Wohnfläche zur Verfügung haben, sind es bei den alleinerziehenden Vätern und ihren Kindern 118 qm. Familien mit alleinerziehenden Müttern haben im Schnitt knapp 10 qm weniger Wohnfläche pro Familienmitglied zur Verfügung als Familien mit alleinerziehenden Vätern (34 qm gegenüber 44 qm). Gründe hierfür sind vermutlich darin zu sehen, dass alleinerziehende Väter in der Regel finanziell besser gestellt sind als alleinerziehende Mütter. Dies hängt auch damit zusammen, dass alleinerziehende Väter häufig mit weniger und älteren Kindern zusammenleben und damit andere Möglichkeiten der Erwerbsbeteiligung haben als alleinerziehende Mütter.⁹

⁸ Wenn man die Wohnfläche zusätzlich nach Bedarf gewichtet und analog zu den Berechnungen von Haushaltseinkommen Einspareffekte berücksichtigt (Berechnung von Äquivalenzflächen), verringern sich die Unterschiede. Die grundsätzliche Aussage, dass die Wohnfläche mit steigender Kinderzahl abnimmt, bestätigt sich jedoch auch in diesem Fall. Weitere Angaben u. a. zur Methodik vergl. Bierstock, K./Eggen, B., 2006.

⁹ Vergl. Report Familien in Baden-Württemberg 4/2008 „Ökonomische Lage von Familien“, S. 12, http://www.fafo-bw.de/BevoelkGebiet/FaFo/Familien_in_BW/R20084.pdf.

Tabelle 1

Wohnsituation von Familien in Baden-Württemberg 2010				
Lebensformen Haushaltsnettoeinkommen	Wohnfläche		Wohnstatus ¹⁾	
	insgesamt	pro Kopf	Eigentümer	in beengten Wohnverhältnissen ²⁾
	m ²		%	
Lebensformen insgesamt	99	45,9	51,6	16,6
Lebensformen ohne Kinder	94	55,8	50,2	9,1
Alleinstehende	77	77,3	36,0	8,3
Paare ohne Kinder	107	51,8	63,4	5,9
Lebensformen mit Kindern	119	30,7	56,6	43,5
Paare mit Kindern ³⁾	123	30,1	62,3	45,5
mit 1 Kind	118	33,5	58,5	35,9
mit 2 Kindern	126	29,6	65,5	48,2
mit 3 u. m. Kindern	131	23,9	64,7	70,1
Alleinerziehende zusammen ³⁾	95	35,0	26,7	32,6
mit 1 Kind	91	39,4	26,1	23,1
mit 2 Kindern	102	31,0	27,5	47,4
mit 3 u. m. Kindern	106	23,0	(.)	74,7
Alleinerziehende ³⁾ Frauen	92	34,1	24,7	33,8
Alleinerziehende ³⁾ Männer	118	43,5	(44,0)	22,3
Familien mit Migrationshintergrund ³⁾	99	22,5	40,5	63,8
Armutsgefährdete Familienhaushalte ⁴⁾	89	25,7	24,0	68,0
Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... Euro/Monat				
1 100 – 2 000	85	51,3	41,9	–
2 000 – 2 900	101	42,2	54,4	–
2 900 – 4 000	115	40,5	65,3	–
4 000 – 5 000	128	41,8	73,1	–
5 000 und mehr	151	47,1	79,8	–

1) Lebensformen ohne Angaben wurden hier nicht berücksichtigt. – 2) Wohnfläche pro Kopf kleiner als 28 m² (= 60 % des Medians in Baden-Württemberg). – 3) Kinder unter 18 Jahren. – 4) Als armutsgefährdet gelten Haushalte, denen weniger als 60 % des medianen Äquivalenzeinkommens zur Verfügung steht. Zur Berechnung des Äquivalenzeinkommens wird das verfügbare monatliche Nettoeinkommen des Haushalts, also alle Einkünfte abzüglich Steuern, Sozialabgaben und Transfers, durch die Anzahl der Personen im Haushalt geteilt und bedarfsorientiert gewichtet. Die erste Person im Haushalt erhält dabei ein Gewicht von 1, jede weitere Person ab 14 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jede weitere Person unter 14 Jahren das Gewicht 0,3.

Datenquelle: Ergebnisse der Mikrozensus-Zusatzerhebung 2010, eigene Berechnungen.

Familien mit Migrationshintergrund leben in unterdurchschnittlich kleinen Wohnungen. Ihnen stehen im Schnitt insgesamt rund 99 qm zur Verfügung. Pro Kopf liegt die Wohnfläche bei 23 qm. Armutsgefährdete Familienhaushalte haben eine durchschnittliche Wohnfläche von 89 qm zur Verfügung (pro Kopf 26 qm)¹⁰. Damit verfügen kinderreiche Familien, Familien mit Migrationshintergrund und armutsgefährdete Familien in ihrer Wohnung über deutlich weniger Platz als der Durchschnitt aller Familien.

¹⁰ Als armutsgefährdet gelten Haushalte, denen weniger als 60 % des medianen Äquivalenzeinkommens zur Verfügung steht. Zur Berechnung des Äquivalenzeinkommens wird das verfügbare monatliche Nettoeinkommen des Haushalts, also alle Einkünfte abzüglich Steuern, Sozialabgaben, Transfers, durch die Anzahl der Personen im Haushalt geteilt und bedarfsorientiert gewichtet. Die erste Person im Haushalt erhält dabei das Gewicht 1, jede weitere Person ab 14 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jede weitere Person unter 14 Jahren das Gewicht 0,3.

44 % der Familien haben pro Kopf deutlich weniger Wohnfläche zur Verfügung als der Durchschnitt aller Lebensformen.

Dies bestätigt sich auch, wenn man den Anteil der Familien betrachtet, die im Vergleich zur Wohnsituation aller Lebensformen in Baden-Württemberg in beengten Wohnverhältnissen leben. Dazu zählen Familien, denen pro Kopf weniger als 60 % der medianen Wohnfläche aller Lebensformen im Land zur Verfügung steht. Nach dieser Definition fallen in Baden-Württemberg darunter Familien, deren Wohnfläche unter 28 qm pro Familienmitglied liegt. Für Lebensformen mit Kindern trifft dies in 44 % aller Fälle zu, von den Lebensformen ohne Kinder sind es rund 9 %.¹¹

Damit wird deutlich, dass Familien nahezu fünfmal so häufig in vergleichsweise beengten Wohnverhältnissen leben wie kinderlose Lebensformen. Von den Lebensformen mit Kindern leben vor allem Paare und Alleinerziehende mit 3 und mehr Kindern (70 % bzw. 75 %), armutsgefährdete Familien (68 %) und Familien mit Migrationshintergrund (64 %) in vergleichsweise beengten Verhältnissen. Von ihnen hat jeweils eine deutliche Mehrheit weniger als 60 % der durchschnittlichen Wohnfläche in Baden-Württemberg zur Verfügung.

Neben der Wohnfläche in Quadratmetern ist die Anzahl der zur Verfügung stehenden Zimmer ein weiterer Indikator für die Versorgung mit Wohnraum. Nach Auswertungen auf der Basis von EU-SILC – eine Erhebung, die für alle Staaten der Europäischen Union jährlich vergleichbare Daten zur Einkommenssituation und zu den Lebensbedingungen privater Haushalte liefert – verfügten Haushalte ohne Kinder in Baden-Württemberg 2011 durchschnittlich über 3,8 Wohn- und Schlafräume (Deutschland: 3,6). Haushalten mit Kindern standen im Schnitt 4,9 Zimmer zur Verfügung (Deutschland: 4,7).¹² Die Wohnung von Alleinerziehenden umfasste im Schnitt einen Raum weniger als die von Paarfamilien. Sie lebten mit ihren Kindern in Baden-Württemberg und in Deutschland durchschnittlich in 3,7 bzw. 3,6 Räumen. Dasselbe gilt für armutsgefährdete Familien (3,8 bzw. 3,9 Räume).

Gut die Hälfte aller Haushalte mit Kindern in Baden-Württemberg verfügt über 5 oder mehr Räume (54 %). Mit steigender Kinderzahl wächst der Bedarf an zusätzlichen Räumen. Daher ist der Anteil der Familien mit 3 oder mehr Kindern, die in einer Wohnung oder einem Haus dieser Größe leben, deutlich höher (81 %) als bei Familien mit einem oder zwei Kindern (30 % bzw. 60 %). Etwa ein Viertel aller Familien in Baden-Württemberg hat 4 Wohn- und Schlafräume zur Verfügung (24 %), in etwa jedem fünften Haushalt mit Kindern gibt es 3 Räume (19 %).

¹¹ Dabei ist zu beachten, dass es hierbei um die Wohnflächenversorgung von Familien in Relation zu anderen Lebensformen geht und damit lediglich eine Aussage im Hinblick auf das Versorgungsniveau getroffen wird. Dies bedeutet nicht zwangsläufig, dass diese Familien in zu kleinen Wohnungen leben. Über den Anteil der Haushalte, die in Deutschland und der EU als „überbelegt“ gelten, gibt Tabelle 3 Auskunft.

¹² Als Kind zählen nach der Definition von EU-SILC Personen unter 18 Jahren sowie Personen zwischen 18 und 24 Jahren, die nicht erwerbstätig oder arbeitssuchend sind und mit mindestens einem Elternteil zusammenleben.

Tabelle 2

Wohn- und Schlafräume in Haushalten in Baden-Württemberg und Deutschland 2011		
Haushalte ¹⁾	Wohnräume und Schlafräume	
	Baden-Württemberg	Deutschland
	Anzahl	
Haushalte zusammen	4,3	4,1
ohne Kinder	3,8	3,6
mit Kindern ²⁾	4,9	4,7
Alleinerziehende	3,7	3,6
Paare mit Kindern ²⁾	4,9	4,7
mit 1 Kind	4,1	4,2
mit 2 Kindern	4,9	4,8
mit 3 und mehr Kindern	6,1	5,5
Armutsgefährdete Haushalte	3,3	3,2
ohne Kinder	3,0	2,7
mit Kindern ²⁾	3,8	3,9

1) Personen in Haushalten mit Angaben zur Fragestellung. – 2) Als Kind zählen Personen unter 18 Jahren sowie Personen zwischen 18 und 24 Jahren, die nicht erwerbstätig oder arbeitssuchend sind und mit mindestens einem Elternteil zusammenleben. – 3) Als armutsgefährdet gelten Haushalte, denen weniger als 60% des medianen Äquivalenzeinkommens zur Verfügung steht.
Datenquelle: EU-SILC, Eurostat.

Kinder, die in sehr beengten Wohnverhältnissen aufwachsen, laufen eher Gefahr, gesundheitliche, psychische oder soziale Probleme zu bekommen als Kinder, die ausreichend Wohnraum zur Verfügung haben.¹³ Wie hoch der Anteil der Haushalte in Deutschland und in der EU (EU-27) ist, die in sehr beengten Verhältnissen leben, hat das Statistikamt der Europäischen Union Eurostat auf der Basis von Daten aus EU-SILC ermittelt. Dazu zählen beispielsweise Haushalte, in denen nicht mindestens ein Zimmer für jedes Paar zur Verfügung steht oder ein Zimmer für je zwei Kinder unter 12 Jahren. Demnach galten 2011 in der EU 17 % der Haushalte als „überbelegt“.¹⁴ In Deutschland lag der Anteil der überbelegten Haushalte bei 7 %. Betrachtet man die Überbelegungsquote nach Haushaltstyp, so zeigen sich deutliche Unterschiede.

¹³ UNICEF (Hrsg.), 2013.

¹⁴ Als „überbelegt“ gelten Haushalte, die nicht über das folgende Minimum an Zimmern verfügen: ein Zimmer für den Haushalt; ein Zimmer für jedes Paar im Haushalt; ein Zimmer für jede einzelne Person im Alter von 18 Jahren und mehr; ein Zimmer für je zwei Kinder desselben Geschlechtes zwischen 12 und 17 Jahren; ein Zimmer für jedes Kind zwischen 12 und 17 Jahren, wenn die Kinder unterschiedlichen Geschlechts sind; ein Zimmer für je zwei Kinder unter 12 Jahren.

Tabelle 3

Überbelegungsquote in Deutschland und der Europäischen Union 2011 nach Haushaltstyp		
Haushalte ¹⁾	Deutschland	EU-27
	%	
Haushalte zusammen	6,7	16,9
ohne Kinder ²⁾	5,1	9,3
mit Kindern	9,0	24,1
Alleinerziehende	23,4	24,3
Paare mit Kindern ²⁾	6,9	24,1
mit 1 Kind	5,0	14,5
mit 2 Kindern	4,0	15,4
mit 3 und mehr Kindern	12,5	28,3
Armutsgefährdete Haushalte ³⁾	19,9	29,0

1) Personen in Haushalten mit Angaben zur Fragestellung. – 2) Als Kind zählen Personen unter 18 Jahren sowie Personen zwischen 18 und 24 Jahren, die nicht erwerbstätig oder arbeitssuchend sind und mit mindestens einem Elternteil zusammenleben. – 3) Als armutsgefährdet gelten Haushalte, denen weniger als 60% des medianen Äquivalenzeinkommens zur Verfügung steht.
Datenquelle: EU-SILC, Eurostat.

Familien leben häufiger in sehr beengten Wohnverhältnissen als Haushalte ohne Kinder. In Deutschland beträgt die Überbelegungsquote für Haushalte mit Kindern 9 %, bei Haushalten ohne Kinder sind es 5 %. Besonders häufig sind Haushalte von Alleinerziehenden (23 %), Haushalte von Paaren mit 3 und mehr Kindern (13 %) sowie armutsgefährdete Haushalte (20 %) betroffen.¹⁵

1.3 Zufriedenheit mit der Wohnsituation

Im Rahmen des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) wurde 2009 eine Befragung zur sozialen Lage der Haushalte durchgeführt, die neben objektiven Angaben zur Wohnsituation vor allem auch Fragen umfasste, die sich auf die Einschätzung der Befragten zu ihrer Situation beziehen. Darunter fallen beispielsweise Fragen zur Beurteilung der Wohnungsgröße, des Zustandes der Wohnung, der Lage der Wohnung und zu eventuellen Beeinträchtigungen im direkten Wohnumfeld.

Etwa 14 % der für das SOEP in Baden-Württemberg befragten Haushalte sind der Meinung, dass die Wohnung viel zu klein oder etwas zu klein ist. Dabei zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen Lebensformen mit und ohne Kinder.¹⁶ Jede fünfte Familie empfindet die Wohnung als zu klein (20 %), von den Familien mit Migrationshintergrund betrifft dies etwa jede vierte Familie (24 %). Im Gegensatz dazu teilt diese Einschätzung nur etwa jeder achte Haushalt ohne Kinder (12 %). 31 % aller Haushalte halten das Haus zumindest teilweise für renovierungsbedürftig, wobei Familien diese Einschätzung etwas häufiger teilen (33 %) als Lebensformen ohne Kinder (30 %). Von den Familien mit Migrationshintergrund beurteilen 43 % den Zustand des Hauses, in dem sie wohnen, als nicht gut.

¹⁵ Siehe Eurostat, http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/income_social_inclusion_living_conditions/data/database.

¹⁶ Als Kinder gelten hier Personen ohne Lebenspartnerin oder Lebenspartner und eigene Kinder im Haushalt (ohne Altersbegrenzung).

Wohnqualität drückt sich nicht nur in der Größe und dem Zustand der Wohnung aus, sondern auch in der Wohnlage. Für knapp jeden zehnten befragten Haushalt in Baden-Württemberg und auch im Bundesgebiet sind Geschäfte des täglichen Bedarfs nicht fußläufig erreichbar. Familien sind davon häufiger betroffen (12 %) als Haushalte ohne Kinder (7 %). Im Hinblick auf die Beeinträchtigung durch Umwelteinflüsse und Kriminalität zeigen sich zwischen Haushalten mit und ohne Kinder kaum Unterschiede. Insgesamt fühlen sich 9 % aller Haushalte in Baden-Württemberg durch Umwelteinflüsse und 7 % der Haushalte durch Kriminalität beeinträchtigt.

Tabelle 4

Zufriedenheit mit der Wohnsituation*) in Baden-Württemberg 2009					
Lebensformen	Aussagen zur Wohnsituation				
	Wohnung ist zu klein	Haus mindestens teilweise renovierungsbedürftig	Geschäfte des täglichen Bedarfs nicht fußläufig erreichbar	Beeinträchtigung durch Umwelteinflüsse ¹⁾ (stark oder sehr stark)	Kriminalität (ziemlich oder sehr unsicheres Wohngebiet)
	%				
	Baden-Württemberg				
Insgesamt	14	31	9	9	7
Lebensformen ohne Kinder ²⁾	12	30	7	9	7
Lebensformen mit Kindern	20	33	12	8	7
	Deutschland				
Insgesamt	15	31	9	9	9
Lebensformen ohne Kinder	12	30	8	10	9
Lebensformen mit Kindern	23	34	10	8	8

*) Aufgrund der teilweise geringen Fallzahlen für Baden-Württemberg sind die Auswertungen mit Vorsicht zu interpretieren. – 1) Zu den Beeinträchtigungen durch Umwelteinflüsse gehören: Lärmbelästigung, Luftverschmutzung und fehlende zugängliche Grünflächen. – 2) Als Kinder gelten Personen ohne Lebenspartnerin oder Lebenspartner und eigene Kinder im Haushalt (ohne Altersbegrenzung).

Datenquelle: Ergebnisse des SOEP, eigene Berechnungen.

1.4 Finanzielle Belastung durch Wohnkosten

Für Familien ist nicht nur ausschlaggebend, dass ausreichend Wohnraum in einem familienfreundlichen Wohnumfeld zur Verfügung steht, sondern auch dass sich die finanzielle Belastung durch Wohnkosten in einem vertretbaren Rahmen hält. Zu den Wohnkosten zählen neben der Miete auch die Wohnungsnebenkosten, die in den vergangenen Jahren eine deutliche Steigerung erfahren haben. Nach Daten aus EU-SILC lag der Anteil der gesamten Wohnkosten am verfügbaren Haushaltsnettoeinkommen 2011 in Deutschland bei durchschnittlich rund 28 %.¹⁷ Am höchsten war die anteilmäßige Belastung bei Alleinlebenden und Alleinerziehenden (je 39 %) sowie bei armutsgefährdeten Haushalten. Letztere gaben die Hälfte ihres Haushaltsnettoeinkommens für das Wohnen aus (50 %). Der vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung weist darauf hin, dass im Hinblick auf die Wohnungsversorgung und damit auch auf die Mieten weiterhin große regionale Unterschiede bestehen. „Vielerorts gibt es deutliche Verknappungen und Versorgungsschwierigkeiten vor allem für einkom-

¹⁷ Einschließlich Wasser- und Abwasser-, Energie- und Heizkosten, Ausgaben für die Instandhaltung der Wohnung bzw. des Hauses (bei Eigentümern), Versicherungsbeiträgen (bei Eigentümern; bei Mietern, falls sie diese Kosten tragen) sowie sonstiger Wohnkosten.

mensschwächere Haushalte, verbunden mit einer hohen Wohnkostenbelastungsquote. Dagegen gibt es nach wie vor Regionen, in denen die Nachfrage nach Wohnraum weiter abnimmt mit entsprechenden Folgen für Mieten und Preise“.¹⁸

1.4.1 Miete und anteilige Mietbelastung

Bundesweit sind die Wohnungsmieten und auch die Preise für Eigentumswohnungen in den meisten deutschen Großstädten in den vergangenen Jahren deutlich angestiegen.¹⁹ 2010 betrug die durchschnittliche Bruttokaltmiete pro Quadratmeter in Deutschland 6,37 Euro und hat sich damit seit 1960 gut verzehnfacht.²⁰ In Baden-Württemberg lag die durchschnittliche Bruttokaltmiete bezogen auf alle bewohnten Mietwohnungen nach Auswertungen des Mikrozensus 2010 bei 478 Euro. Dies entspricht 6,46 Euro je qm. Die Warmmiete betrug durchschnittlich 566 Euro (7,66 Euro je qm). Zwischen den Regionen Baden-Württembergs zeigen sich deutliche Unterschiede. Überdurchschnittlich hoch waren die Bruttokaltmieten in den stark verdichteten Gebieten des Stadtkreises Stuttgart (ohne Region Stuttgart) mit 8,04 Euro je qm, der Region Stuttgart (ohne Stadt Stuttgart) mit 6,85 Euro je qm und in der Rhein-Neckar-Region (6,76 Euro je qm). Vergleichsweise günstigen Mietraum von unter 6 Euro pro qm gab es in den Regionen Schwarzwald-Baar-Heuberg, Ostwürttemberg, Nordschwarzwald, Heilbronn-Franken und Donau-Iller. Diese Regionen wiesen sowohl das niedrigste Mietniveau als auch die höchsten Eigentümerquoten in Baden-Württemberg auf.²¹

Nach Analysen der L-Bank auf der Grundlage von Daten des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) besteht auch zwischen den einzelnen Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs ein erhebliches Gefälle im Hinblick auf das Mietpreisniveau und die Entwicklung der Mieten. In den Stadtkreisen und den angrenzenden Landkreisen sind die Mieten deutlich höher und zeigen eine größere Dynamik als in ländlich strukturierten Regionen. In 41 von 44 baden-württembergischen Stadt- und Landkreisen stiegen die Mietpreise zwischen 2007 und 2011, allerdings in sehr unterschiedlichem Ausmaß. Mietpreissteigerungen mit zweistelligen Zuwachsraten waren in Freiburg im Breisgau (+12,4 %), Ulm (+12 %) und Karlsruhe (+10,2 %) zu verzeichnen. Zu den Kreisen, in denen die Mietpreise in diesem Zeitraum gesunken sind, zählen der Enzkreis (-0,3 %), der Neckar-Odenwald-Kreis (-1,9 %) und der Landkreis Tuttlingen (-6,4 %).²²

Je niedriger das Einkommen ist, desto höher ist der Anteil der Mietbelastung am Haushaltseinkommen.

Allein die Höhe der Mieten sagt jedoch noch nicht viel darüber aus, wie stark Haushalte durch Mietkosten finanziell belastet sind. Erst die Berechnung des Anteils der Bruttokaltmiete am Haushaltseinkommen ermöglicht eine Einschätzung der Mietkostenbelastung der Haushalte. In Baden-Württemberg lag die Mietbelastungsquote 2010 bei rund 22 % (Deutschland: 23 %), das heißt die Haushalte gaben im Schnitt gut ein Fünftel ihres Haushaltsnettoeinkommens für die Bruttokaltmiete aus. Einpersonenhaushalte waren mit 25 % stärker belastet als Mehrpersonenhaushalte, in denen häufig mehrere Personen zum Haushaltsnettoeinkommen beitragen.²³ Betrachtet man die

18 Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.), 2013, S. 386.

19 Kholodilin, K., Mense, A., 2012.

20 Siehe Statistisches Bundesamt, <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/EinkommenKonsumLebensbedingungen/Wohnen/AktuellMikrozensus.html>. Die Bruttokaltmiete setzt sich aus der Nettokaltmiete und den kalten Nebenkosten zusammen (siehe Abschnitt „Höhe und Entwicklung der Wohnungsnebenkosten“).

21 Krentz, A., 2012.

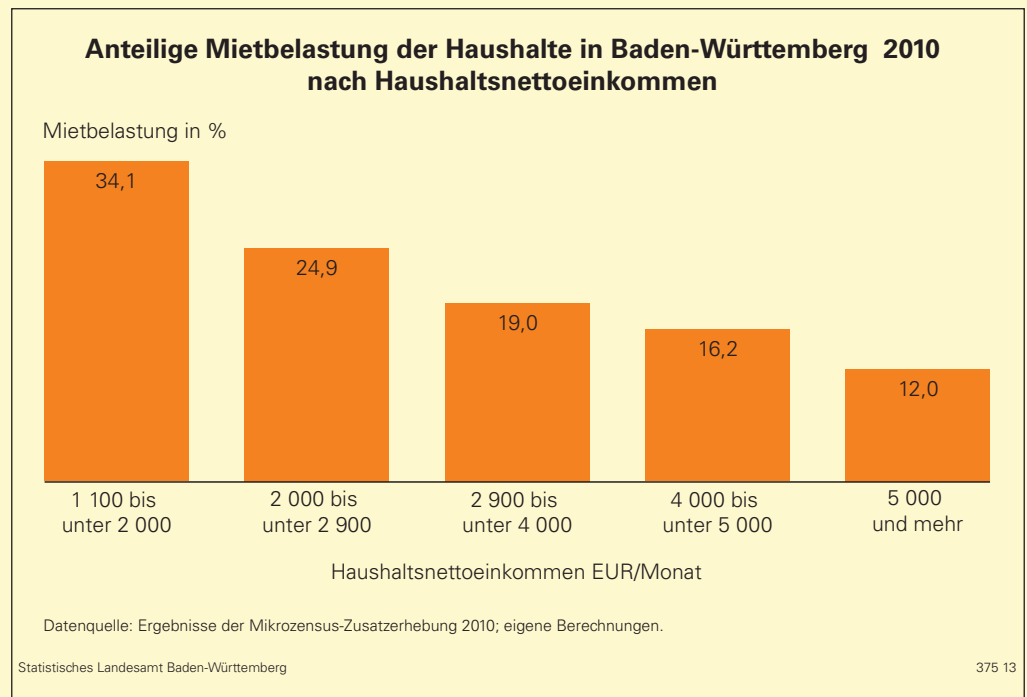
22 L-Bank, (Hrsg.), 2012, S.34f.

23 Krentz, A., 2012.

anteilige Mietbelastung nach der Einkommenslage, so zeigt sich, dass Haushalte mit einem geringen Einkommen einen deutlich höheren Anteil für das Wohnen zur Miete aufbringen müssen als besserverdienende Haushalte.

Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 1 100 bis unter 2 000 Euro gaben 2010 im Durchschnitt gut ein Drittel ihres Einkommens für die Miete aus (34 %). Wohingegen die Mietkosten für Haushalte mit einem Nettoeinkommen von 5 000 und mehr Euro pro Monat weniger als ein Achtel des Haushaltsnettoeinkommens ausmachten (12 %).

Schaubild 1



1.4.2 Höhe und Entwicklung der Wohnungsnebenkosten

Neben der Kaltmiete stellen die Nebenkosten eine erhebliche monatliche Belastung für Familien dar. Im Mikrozensus 2010 wurden die Wohnungsnebenkosten in kalte Nebenkosten (ohne Heizung und Warmwasseraufbereitung) und warme Nebenkosten unterschieden.²⁴ Im Durchschnitt gaben Familien in Baden-Württemberg pro Monat 75 Euro für kalte und 155 Euro für warme Nebenkosten aus.²⁵ Bei den Lebensformen ohne Kinder waren es 77 Euro bzw. 130 Euro.

²⁴ Zu den kalten Nebenkosten zählen monatlich aufzuwendende Betriebskosten für Wasser, Kanalisation, Abwasser, Straßenreinigung, Müllabfuhr, Hausreinigung und -beleuchtung, Schornsteinreinigung, Hauswart und -verwaltung sowie öffentliche Lasten (zum Beispiel Grundsteuer, Gebäudeversicherung, Kabelanschluss, Hausaufzug, Dienstleistungen für Gartenpflege, Untermieterzuschlag). Zu den warmen Nebenkosten zählen: Kosten/Umlagen für Heizung und Warmwasseraufbereitung, d.h. Beträge für Wärme aus Fern-, Block- oder Zentralheizung, Brennstoffe wie Gas, Öl, Kohle, Holz u.Ä. oder für Strom zum Betrieb einer Heizung und der Warmwasserversorgung.

²⁵ Paare und Alleinerziehende mit Kindern unter 18 Jahren.

Sowohl die Wohnungsmieten als auch die Wohnungsnebenkosten sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Auswertungen auf der Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) zeigen, dass sich die Nettomieten in Baden-Württemberg von 1995 bis 2011 um rund 25 % erhöht haben. Damit haben sie sich leicht unterdurchschnittlich entwickelt, da die Verbraucherpreise insgesamt um 28 % angestiegen sind.²⁶ Die Wohnungsnebenkosten sind dagegen deutlich stärker angestiegen. Insbesondere für die im Haushalt verbrauchte Energie müssen Familien heute mehr Geld aufbringen als vor einigen Jahren. Allerdings sind die Energiekosten auch starken Schwankungen unterworfen. Die Kosten für Strom haben sich seit 1995 um rund 58 % gesteigert, für Gas um rund 81 % und für Heizöl um mehr als 240 %.²⁷ Bei den Wohnungsnebenkosten ohne Energie war ein Preisanstieg um rund 35 % festzustellen.²⁸

1.4.3 Überbelastung durch Wohnkosten

Zu den Haushalten, die eine Überbelastung durch Wohnkosten tragen müssen, zählen nach der Definition von Eurostat Haushalte, die 40 % oder mehr ihres äquivalenzgewichteten verfügbaren Einkommens für Wohnkosten aufwenden.²⁹ 2011 waren nach Ergebnissen von EU-SILC im europäischen Durchschnitt (EU-27) 12 % der Haushalte durch Wohnkosten überbelastet. In Deutschland gaben insgesamt 16 % der Haushalte mehr als 40 % ihres verfügbaren Einkommens für Wohnkosten aus.³⁰ Am höchsten belastet waren armutsgefährdete Haushalte, von denen nahezu die Hälfte (46 %) eine übermäßige Wohnkostenbelastung aufwies. Alleinerziehende (24 %) waren doppelt so häufig von einer Überbelastung durch Wohnkosten betroffen wie Paarfamilien (10 % bis 12 % je nach Anzahl der Kinder).³¹

1.4.4 Subjektive Einschätzung der Haushalte zur Belastung durch Wohnkosten

Neben der Berechnung des Anteils von Haushalten, die besonders hoch durch Wohnkosten belastet sind, ist auch die Frage interessant, inwieweit sich Menschen durch Wohnkosten belastet fühlen, also die subjektive Einschätzung. Fühlen sich Familien stärker durch Wohnkosten belastet als Haushalte ohne Kinder? Empfinden Mieter die Wohnkosten als eine größere Belastung als Eigentümer?

Im Rahmen von EU-SILC wird nach der Selbsteinschätzung der Haushalte zur Belastung durch Wohnkosten gefragt: Stellen diese ein große, eine gewisse oder keine Belastung dar? Die Ergebnisse zeigen, dass jeder fünfte Haushalt in Baden-Württemberg die Wohnkosten als große Belastung empfindet. Der Anteil der Haushalte, für die die Wohnkosten nach eigener Einschätzung keine Belastung darstellen, liegt in vergleichbarer Höhe (21 %). Die übrigen 59 % der Haushalte in Baden-Württemberg sehen die Wohnkosten als gewisse Belastung.

26 Die Entwicklung der Verbraucherpreise wird durch den Verbraucherpreisindex berechnet. Dieser misst die durchschnittliche Preisveränderung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden.

27 Insbesondere bei der Entwicklung des Preises für Heizöl zeigen sich starke Schwankungen, die vor allem durch die Abhängigkeit vom Rohölpreis bedingt sind.

28 L-Bank (Hrsg.), 2012, weitere Daten zum Verbraucherpreisindex für Baden-Württemberg und zur Entwicklung der Wohnungsmieten und Nebenkosten können unter <http://www.statistik-bw.de/Konjunkturspiegel/indices.asp?i=h> abgerufen werden.

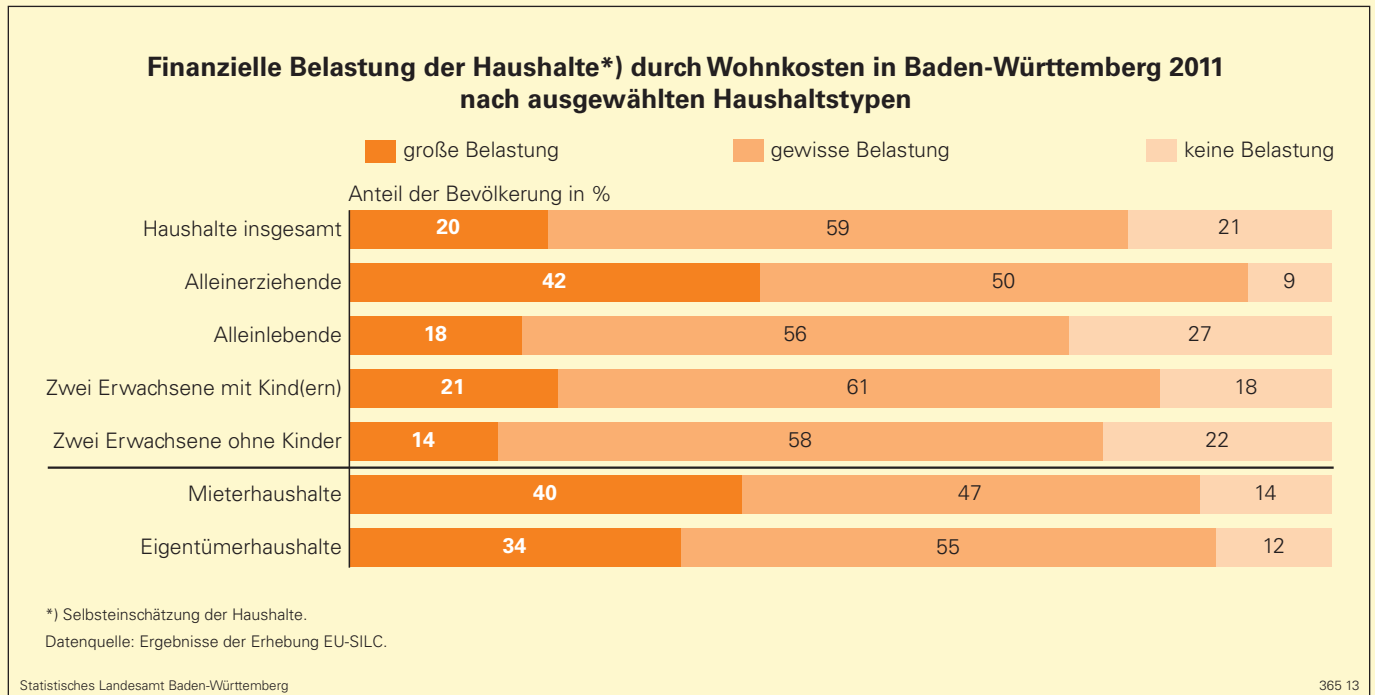
29 Bei der Berechnung von äquivalenzgewichteten Haushaltsnettoeinkommen wird der Bedarf der einzelnen Haushaltsmitglieder eingerechnet und entsprechend der modifizierten OECD-Äquivalenzskala gewichtet. Für die erste Person wird das Gewicht 1 verwendet, für jede weitere Person im Alter von 15 Jahren oder mehr 0,5, jede weitere Person unter 15 Jahren wird mit 0,3 gewichtet. Ein kinderloses Paar erhält damit das Gewicht 1,5, eine vierköpfige Familie mit zwei Kindern unter 15 Jahren 2,1.

30 Siehe Eurostat, http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php/Housing_statistics

31 Als Kind zählen nach der Definition von EU-SILC Personen unter 18 Jahren sowie Personen zwischen 18 und 24 Jahren, die nicht erwerbstätig oder arbeitssuchend sind und mit mindestens einem Elternteil zusammenleben.

Deutliche Unterschiede zeigen sich bei der Betrachtung verschiedener Haushaltstypen. Haushalte mit Kindern fühlen sich stärker durch Wohnkosten belastet als Haushalte ohne Kinder. Insbesondere für Alleinerziehende stellen die Wohnkosten oft eine große Belastung dar (42 %). Auch bei der Unterscheidung zwischen Mieter- und Eigentümerhaushalten zeigen sich Unterschiede. Mieterhaushalte fühlen sich häufiger stark belastet (40 %) als Eigentümerhaushalte (34 %).

Schaubild 2



1.5 Probleme der Wohnsituation in Baden-Württemberg, Deutschland und der EU

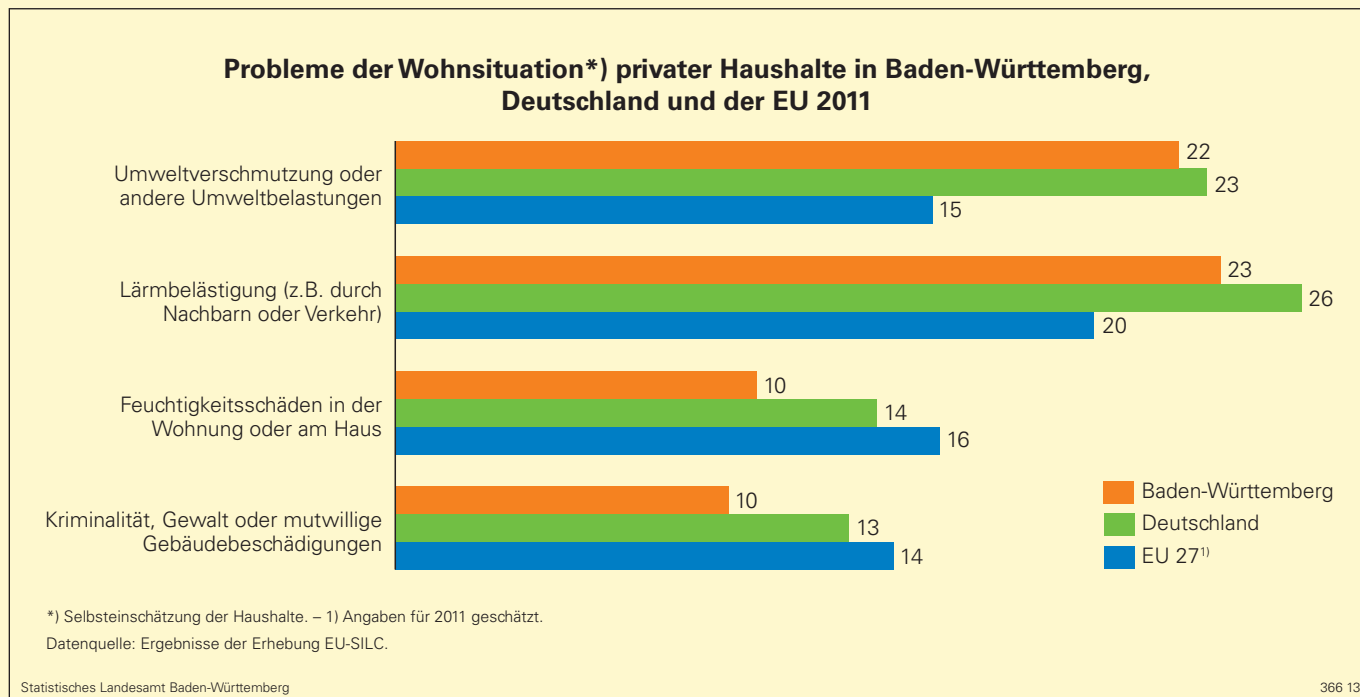
Als Probleme im Wohnumfeld werden nach Ergebnissen von EU-SILC in Baden-Württemberg vor allem Umweltbelastungen und Verschmutzungen im Wohnumfeld sowie Lärmbelästigungen, zum Beispiel durch Nachbarn oder Verkehr, gesehen. Beim Thema Umweltverschmutzung oder andere Umweltbelastungen ist die Problemwahrnehmung in Baden-Württemberg ähnlich wie im gesamten Bundesgebiet (22 % bzw. 23 % sehen Probleme).³² Probleme durch Lärmbelästigung werden in Baden-Württemberg etwas weniger häufig genannt als in Deutschland (23 % bzw. 26 %). In beiden Bereichen wird die Situation jedoch deutlich problematischer eingeschätzt als im europäischen Durchschnitt. Eine mögliche Ursache hierfür könnte die höhere Sensibilität in Deutschland gegenüber solchen Belastungen sein, die zu einer kritischeren Einschätzung führt.³³ Dagegen liegen die berichteten Probleme durch Feuchtigkeitsschäden in der Wohnung oder am Haus sowie durch Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus im Wohnumfeld sowohl bundesweit als auch in Baden-Württemberg unter dem EU-Durchschnitt. In Baden-Württemberg fühlt sich jeder zehnte Haushalt durch Feuchtigkeitsschäden in der Wohnung oder am Haus beeinträchtigt, bundesweit sind

³² Dazu zählen Umweltverschmutzung, umherliegender Müll oder sonstige Umweltprobleme.

³³ Eisenreich, D., 2012.

dies 14 % und im EU-Durchschnitt 16 % der Haushalte. Kriminalität, Gewalt oder mutwillige Gebäudebeschädigungen sind im Südwesten ebenfalls für jeden zehnten Haushalt ein Problem. Bundesweit und europaweit teilen diese Einschätzung 13 % bzw. 14 % der Haushalte.

Schaubild 3



Armutsgefährdete Haushalte fühlen sich nach Auswertungen des Statistischen Bundesamtes in Deutschland stärker durch Probleme im Wohnumfeld oder durch eine schlechte Qualität der Wohnung belastet als die Bevölkerung insgesamt.

Ausmutsgefährdete Haushalte fühlen sich stärker durch Umweltverschmutzungen, Lärm, Feuchtigkeitsschäden oder Kriminalität belastet.

Während 23 % der privaten Haushalte insgesamt unter Umweltverschmutzung leiden, fühlen sich 27 % der armutsgefährdeten Haushalte durch umherliegenden Müll oder sonstige Umweltprobleme belastet. Lärmbelastung ist für 26 % der Bevölkerung insgesamt und für 34 % der armutsgefährdeten Bevölkerung ein Problem. Auch unter Feuchtigkeitsschäden (24 % gegenüber 14 %) und Kriminalität, Gewalt oder mutwilligen Gebäudebeschädigungen leiden armutsgefährdete Haushalte deutlich häufiger als die gesamte Bevölkerung (20 % im Vergleich zu 13 %).³⁴

³⁴ Statistisches Bundesamt, https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/EinkommenKonsumLebensbedingungen/Wohnen/Tabellen/BelastungWohnsituation_SILC.html.

2. Familiengerechtes Wohnen und Wohnumfeld

2.1 Was macht familiengerechtes Wohnen aus?

Familiengerechtes Wohnen setzt voraus, dass für Familien ausreichend bezahlbarer Wohnraum in entsprechender Größe und Qualität vorhanden ist. Ein attraktives und familienfreundliches Wohnumfeld trägt darüber hinaus maßgeblich zur Wohn- und Lebensqualität von Familien bei. Zu einem familienfreundlichen Wohnumfeld gehören u.a. Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche, nachbarschaftliche Netzwerke und weitere Kontakt- und Vernetzungsangebote für Familien sowie eine familienfreundliche Infrastruktur. Bei der Gestaltung eines familiengerechten Wohnumfeldes ist es wichtig, dass Familien selbst frühzeitig beteiligt werden. Darüber hinaus spielt die umfassende Information von Familien sowohl im Hinblick auf die kommunale Infrastruktur und vorhandene Einrichtungen als auch in Bezug auf kommunale Angebote und Leistungen eine wichtige Rolle.³⁵

2.1.1 Familiengerechter Wohnraum

Beengte Wohnverhältnisse können das Familienklima negativ beeinflussen und schränken Bewegungs- und Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern ein. Dies gilt insbesondere für Kleinkinder, für die die Wohnung in der Anfangsphase des Lebens der erste und wohl wichtigste Erlebnis- und Erfahrungsraum ist.³⁶ Daher ist es für Familien wichtig, dass ihre Wohnung groß genug ist und in den unterschiedlichen Phasen des Familienlebens ausreichende Kommunikations- und Rückzugsmöglichkeiten für alle Familienmitglieder zur Verfügung stehen. Wohnungen sollten aber nicht nur auf die Familiengröße zugeschnitten, sondern auch flexibel nutzbar sein, da sich die Wohnbedürfnisse von Familien mit dem Älterwerden der Kinder verändern.

Neben der landesweiten Förderung durch das zum 2. Januar 2013 in Kraft getretene Landeswohnraumförderprogramm 2013 bieten Förderdarlehen der L-Bank „Wohnen mit Kind“ sowie Förderprogramme auf kommunaler Ebene (z.B. das Städtische Familienbauprogramm Stuttgart) finanzielle Unterstützung für Familien, die Wohneigentum erwerben wollen.³⁷ Darüber hinaus können Kommunen Familien in vielfältiger Weise unterstützen, indem sie günstigen Wohnraum zur Verfügung stellen. Dazu gehören neben kommunalen Förderprogrammen für Familien beispielsweise vergünstigte Bauplätze für Familien, Vergünstigungen beim Eigenheimerwerb nach öffentlich definierten Kriterien, die Förderung des Wohnungseigentums von Familien durch die Vergabe von Erbpachtgrundstücken oder kommunale Bautätigkeiten bzw. Bauvorhaben unter Beteiligung der Kommune für mehr familiengerechten Wohnraum.³⁸

35 FamilienForschung Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt, Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg, Arbeitsgemeinschaft Netzwerk Familien Baden-Württemberg (Hrsg.), 2010.

36 Wingen, M. 1994.

37 Weitere Informationen zum Programm „Wohnen mit Kind“ unter <http://www.l-bank.de/lbank/inhalt/nav/privatpersonen/eigengenutzerwohnraum/neubauundkaufvonwohnraum/wohnenmitkind.xml?ceid=101169>.

Weitere Informationen zum Städtischen Familienbauprogramm Stuttgart unter <http://www.stuttgart.de/item/show/136438/1>.

38 FamilienForschung Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt, Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg, Arbeitsgemeinschaft Netzwerk Familien Baden-Württemberg (Hrsg.), 2010.

2.1.2 Wohnumfeld und Bewegungsförderung

Die Gestaltung des Wohnumfelds hat neben anderen Faktoren einen Einfluss auf das Bewegungsverhalten von Kindern und Jugendlichen und damit auch auf deren Gesundheit und Lebensqualität.³⁹ Ergebnisse der jüngsten Kinder- und Jugendgesundheitsstudie „Health Behaviour in School-aged Children“ (HBSC) zeigen, dass lediglich 20 % der Jungen und 14 % der Mädchen die Empfehlung für gesundheitlich wirksame Aktivität (jeden Tag 60 Minuten moderat-intensive körperliche Aktivität für Jugendliche) erreichen.⁴⁰ Ein attraktives und bewegungsförderndes Wohnumfeld kann dazu beitragen, dass Kinder und Jugendliche im Alltag körperlich aktiver sind.

Dazu gehören ausreichend Spiel-, Bolz- und sonstige Sport- und Bewegungsflächen für Kinder und Jugendliche im Wohnumfeld. Dabei ist es nicht nur wichtig, dass Parks, Spielplätze, Grünflächen oder Sportanlagen vorhanden sind, sondern auch wie sie ausgestattet sind und zu welchen Bedingungen sie genutzt werden können. Dürfen Rasenflächen betreten bzw. bespielt werden? Wie attraktiv sind Spielplätze gestaltet? Zu welchen Zeiten dürfen Sportanlagen genutzt werden? Können Schulhöfe auch außerhalb der Schulzeit genutzt werden? Weitere wichtige Fragen sind, ob die Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten alle Generationen ansprechen und barrierefrei zugänglich sind und ob es verkehrsberuhigte Bereiche, Straßen oder Spielstraßen gibt.⁴¹

Zu einem bewegungsfördernden Wohnumfeld gehören aber nicht nur die gebaute Umgebung, sondern auch im Wohnumfeld vorhandene Angebote und Initiativen von Sportvereinen oder sonstigen Organisationen. Ein gutes Beispiel hierfür ist „Der Laufende Schulbus“ an Heidelberger Grundschulen. An der Einführung des Angebotes beteiligten sich neben der Stadt Heidelberg das Gesundheitsamt Rhein-Neckar-Kreis, das Institut für Sport und Sportwissenschaft der Uni Heidelberg, die Polizeidirektion Heidelberg/Verkehrserziehung und das Agenda-Büro der Stadt Heidelberg mit dem Arbeitskreis clever unterwegs.⁴²

39 Bucksch, J., 2011. Weitere Informationen zum Thema „Wohnumfeld und Bewegungsförderung“ finden sich unter <http://www.gesundheitsamt-bw.de/oegd/Netzwerke/Zentrum-fuer-Bewegungsfoerderung-ZfB/Seiten/Fachtagungen.aspx>.

40 Weitere Informationen unter http://hbsc-germany.de/wp-content/uploads/2011/11/Faktenblatt_Koerperliche-Aktivitaet_final.pdf.

41 Familienforschung Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt, Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg, Arbeitsgemeinschaft Netzwerk Familien Baden-Württemberg (Hrsg.), 2010.

42 Weitere Informationen unter <http://www.familienfreundliche-kommune.de/FFKom/Praxisbeispiele/detail.asp?221000.3.xml>.

» Praxisbeispiel:**Projekt „Der Laufende Schulbus“ in Heidelberg**

Das zentrale Ziel dieses Konzeptes ist es, Bewegung in den Alltag der Kinder zu bringen und die negativen Begleiterscheinungen eines inaktiven Lebensstils zu mildern. Im Laufenden Schulbus geht eine Gruppe von Kindern morgens gemeinsam zu Fuß zur Schule und nach dem Unterricht wieder zurück nach Hause. Die Busfahrerin oder der Busfahrer ist, zumindest in der Anfangszeit, ein erwachsener Freiwilliger (in der Regel ein Elternteil), welcher die Kinder auf ihrem Weg begleitet. Wie ein Linienbus läuft der Laufende Schulbus nach einem festgelegten Fahrplan feste Haltestellen auf dem Weg zur Schule an. An diesen geht die Gruppe zu festgelegten Zeiten vorbei und die Schülerinnen und Schüler können „ein- und aussteigen“. Die Haltestellen sind – bei Bedarf – durch entsprechende Haltestellenschilder gekennzeichnet. Für jede Linie gibt es einen Koordinator, der im Falle von Krankheit oder Verhinderung der Busfahrerin oder des Busfahrers den Einsatz der Freiwilligen koordiniert.

Die Toronto-Charta für Bewegung, deren Ziel es ist, die Bewegungsförderung weltweit zu unterstützen, ruft dazu auf, sowohl die Einflussfaktoren der gebauten Umgebung als auch soziale und individuelle Determinanten anzusprechen, wenn es um die Förderung von körperlicher Aktivität geht. Um soziale und gesundheitliche Ungleichheiten zu mindern und einen gleichberechtigten Zugang zu Bewegungsmöglichkeiten zu schaffen, sollen Länder und Organisationen nach den Leitlinien der Charta dabei die Chancengleichheit in den Vordergrund stellen.⁴³ Ein gutes Beispiel für ein niedrigschwelliges sozialraumorientiertes Angebot, das diesen Gedanken umsetzt, ist das Programm GES – Gemeinschaftserlebnis Sport in Trägerschaft des Sportkreises Stuttgart e.V. und der Landeshauptstadt Stuttgart.⁴⁴

» Praxisbeispiel:**Programm GES – Gemeinschaftserlebnis Sport**

Das Programm „Gemeinschaftserlebnis Sport“ (GES) richtet sich durch zielgruppen-, sozialraumorientierte und sportliche Bildungsangebote an alle Kinder und Jugendliche, die Lust auf Sport und Bewegung haben. Durch die freiwilligen, regelmäßigen und sportpädagogisch betreuten Angebote sollen Kinder und Jugendliche die Möglichkeit haben, Spaß an der Bewegung zu entwickeln und neue Sportarten auszuprobieren. Die Angebote bieten offene Lernräume und Möglichkeiten zur Selbsterfahrung und leisten somit einen wichtigen Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung und zur Ausbildung von sozialen Kompetenzen. Ein zentrales Anliegen des GES ist der Aufbau von Kooperationen unter dem Aspekt der Verbindung von Sport und Sozialarbeit mit und zwischen den im jeweiligen Stadtbezirk vertretenen Institutionen. Jedes Schuljahr werden durch das GES pro Woche rund 80 Regelsportangebote betreut. Neben den Turnierreihen „Basketball um Mitternacht“ und „Kick Mit - Fußball verbindet“ gibt es auch Zusatzangebote aus den Bereichen Selbstbehauptung, Tanz, Mädchensport etc. Die Angebote des GES sind für alle teilnehmenden Kinder und Jugendlichen kostenlos.

43 Weitere Informationen unter <http://www.globalpa.org.uk/pdf/torontocharter-german-20may2010.pdf>.

44 Weitere Informationen unter <http://www.gemeinschaftserlebnis-sport.de>.

2.1.3 Kurze Beine brauchen kurze Wege – Familiengerechte Infrastruktur im Wohnumfeld

Neben einem bewegungsfördernden Wohnumfeld spielt die vorhandene Infrastruktur im Familienalltag eine wichtige Rolle. Wie sieht es mit Betreuungsmöglichkeiten und Schulen vor Ort aus? Sind ausreichend Einkaufsmöglichkeiten für die Dinge des täglichen Bedarfs vorhanden? Wie sind die Öffnungszeiten von Geschäften und Ämtern? Gibt es Treffpunkte für Jugendliche? Für Familien, insbesondere für Familien mit kleinen Kindern, stellt es eine große Erleichterung dar, wenn Geschäfte für den täglichen Bedarf, Ärzte, Apotheken etc. zu Fuß erreichbar sind. Ein weiterer Aspekt von Familienfreundlichkeit sind barrierefreie Verkehrswege. Dazu gehören beispielsweise kinderwagenfreundliche Zugänge zu öffentlichen Einrichtungen, abgesenkte Bordsteinkanten, Kinderwageneinstieghilfen an Treppen oder Familienparkplätze für öffentliche Einrichtungen. Auch die Verkehrssicherheit ist für Familien wichtig und kann beispielsweise durch Schülerlotsen verbessert werden.⁴⁵

2.1.4 Orte und Netzwerke für Jung und Alt

Kontakt- und Unterstützungsmöglichkeiten im Wohnumfeld erleichtern die Bewältigung des Familienalltags. Neben guten nachbarschaftlichen Beziehungen sind Familiennetzwerke im Stadtteil oder in der Gemeinde wichtig, ebenso wie Begegnungsmöglichkeiten für Jung und Alt. Ein familiengerechtes Wohnumfeld bietet daher auch Orte für Familien, die den Austausch der Generationen und der Familien untereinander ermöglichen und zu gegenseitiger Hilfe und Unterstützung anregen. Dazu gehören offene Treffpunkte unter einem Dach mit familienorientierten Angeboten wie beispielsweise Familienzentren, Mütterzentren oder Mehrgenerationenhäuser. Aber auch Tauschringe und Tauschbörsen können Familien neue Kontakte und gegenseitige Dienste und Hilfeleistungen vermitteln. Darüber hinaus bieten Angebote der Eltern- und Familienbildung im Wohnumfeld sowie Angebote von Vereinen, Organisationen und Kirchen Kontakt- und Vernetzungsmöglichkeiten für Familien und tragen zu einem lebendigen Wohnumfeld bei.⁴⁶

⁴⁵ Familienforschung Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt, Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg, Arbeitsgemeinschaft Netzwerk Familien Baden-Württemberg (Hrsg.), 2010.

⁴⁶ Zahlreiche Praxisbeispiele für die Gestaltung von Orten und Netzwerken für Jung und Alt finden sich unter im Portal „Familienfreundliche Kommune Baden-Württemberg“ unter <http://www.familienfreundliche-kommune.de/FFKom/Praxisbeispiele/home.asp?4>.

2.2 Strategien und Instrumente zur Gestaltung eines familiengerechten Wohnumfeldes

Kinder- und Familienfreundlichkeit ist ein wichtiges Thema der Kommunalentwicklung. Um geeignete kinder- und familienfreundliche Leitziele auf kommunaler Ebene zu entwickeln und entsprechende Maßnahmen umzusetzen, stehen eine Vielzahl von bewährten Strategien und Instrumenten zur Verfügung. Dazu gehören die „Handreichung Familienfreundliche Kommune“, die Beratung durch die Landesinitiative „Gesund aufwachsen und leben in Baden-Württemberg“ und das „Zentrum für Bewegungsförderung Baden-Württemberg“. Auch die Einführung einer kontinuierlichen Familienberichterstattung, die Gründung eines „Lokalen Bündnisses für Familien“ oder die Durchführung einer „Zukunftswerkstätte Familienfreundliche Kommune“ im Rahmen des Integrierten Managementverfahrens „Familienfreundliche, bürgeraktive & demografiesensible Kommune“ können wichtige Schritte auf dem Weg zu einem familiengerechten Wohnumfeld sein.⁴⁷ Der „Demografie-Spiegel für die Gemeinden in Baden-Württemberg“ ermöglicht es Interessierten darüber hinaus, sich anhand von fünf Indikatoren zum Thema „Familienfreundliches Wohnen“ ein Bild über die Situation in den einzelnen Gemeinden Baden-Württembergs zu verschaffen.

Die **„Handreichung Familienfreundliche Kommune“** wurde gemeinsam von der Arbeitsgemeinschaft Netzwerk Familie Baden-Württemberg, der Familienforschung Baden-Württemberg, dem Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg sowie von Vertretern aus baden-württembergischen Städten, Gemeinden und einem Landkreis erarbeitet. Sie gibt Kommunen, Institutionen und Organisationen Kriterien zur Einschätzung der Familiengerechtigkeit in verschiedenen Bereichen an die Hand und gliedert sich in neun Handlungsfelder, von denen sich eines mit dem Thema „Wohnen und Wohnumfeld, Verkehr“ befasst. Dieses Handlungsfeld umfasst Strukturfragen für Rat und Verwaltung (Familienfreundlicher Flächennutzungsplan, Familienfreundliche Bauleitplanung, Durchmischung verschiedener Wohn- und Lebensformen, Günstiger Wohnraum für Familien, allgemeine Sicherheitsaspekte, Verkehrssicherheit sowie Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche) sowie Fragen zum Informationsservice, zu Angeboten und Leistungen für Familien sowie zum Prozess für Nachhaltigkeit und Vernetzung.⁴⁸

Bei der Gestaltung eines familiengerechten Wohnumfeldes ist es wichtig, dass Familien selbst frühzeitig beteiligt werden. Durch die Beteiligung von Familien an Planungs- und Bauprojekten (Spielplatz, Schulhof, Jugendtreff, Familienzentrum, Wohnumfeld u. a.) wird sichergestellt, dass die Bauvorhaben den späteren Nutzerinnen und Nutzern stärker gerecht werden und eine höhere Akzeptanz finden.⁴⁹

47 Weitere Informationen unter <http://www.familienfreundliche-kommune.de/FFKom/06/>.

48 Familienforschung Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt, Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg, Arbeitsgemeinschaft Netzwerk Familien Baden-Württemberg (Hrsg.), 2010.

49 Weitere Informationen unter <http://www.familienfreundliche-kommune.de/FFKom/06/faktenargumente.asp>.

Gemeinsam bieten die **Landesinitiative „Gesund aufwachsen und leben in Baden-Württemberg“** und das **„Zentrum für Bewegungsförderung Baden-Württemberg“** beim Landesgesundheitsamt Städten und Gemeinden fachliche Unterstützung an. Diese beinhaltet zum Beispiel die Beratung bei der Gestaltung eines lebenswerten, generationen- und bewegungsfreundlichen Wohnumfeldes sowie bei der Initiierung von bewährten Angeboten der Bewegungs- und Gesundheitsförderung.⁵⁰

Der **Demografie-Spiegel für die Gemeinden in Baden-Württemberg** gibt Entscheidungsträgern vor Ort ein Instrument an die Hand, mit dem sie wichtige demografische Entwicklungen schnell einschätzen können (<http://www.statistik-bw.de/BevoelkGebiet/Demografie-Spiegel>). Im Themenfeld „Familienfreundliches Wohnen“ werden Informationen zum Stand des familienfreundlichen Wohnens auf Gemeindeebene bereitgestellt.⁵¹ Für jede Gemeinde in Baden-Württemberg können hier Informationen und eine Bewertung auf einer Fünf-Punkte-Skala (günstig/eher günstig/mittelmäßig/eher ungünstig/ungünstig) zu folgenden Indikatoren abgerufen werden:

- Naturflächen: Anteil der Naturfläche (Wald-, Wasser- und landwirtschaftliche Fläche, ohne Flächen anderer Nutzung, zum Beispiel Militärübungsplätze) an der Bodenfläche insgesamt 2010 in %.
- Ortsnahe Erholungsflächen: Anteil der Erholungsfläche (Sportflächen und Grünanlagen) an der Siedlungs- und Verkehrsfläche (Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche ohne Abbauland, Sportflächen, Grünanlagen, Campingplätze, Verkehrsfläche, Friedhof) 2010 in %.
- Wohnungsgröße: Wohnfläche je Wohnung 2010 in qm je Wohnung.
- Familiengerechter Wohnraum: Anteil der Wohnungen mit fünf und mehr Räumen an allen Wohnungen 2010 in %.
- Einfamilienhäuser: Anteil der Einfamilienhäuser an allen Wohngebäuden 2010 in %.

⁵⁰ Weitere Informationen unter <http://www.gesundheitsamt-bw.de/oegd/Netzwerke/Gesund-aufwachsen-in-BW/Seiten/default.aspx> und <http://www.gesundheitsamt-bw.de/oegd/Netzwerke/Zentrum-fuer-Bewegungsfoerderung-ZfB/Seiten/default.aspx>.

⁵¹ Der Demografie-Spiegel wurde vom Statistischen Landesamt im Auftrag der Staatsrätin für Demografischen Wandel und für Senioren im Staatsministerium Baden-Württemberg und mit Beteiligung des Städtetages und des Gemeindetages im Jahr 2008 erstellt und wird regelmäßig aktualisiert.

3. Wohnraumpolitik als Querschnittsaufgabe

3.1 Wohnraumförderung in Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg wurde die Wohnraumförderung mit Beginn des Jahres 2012 sozial und ökologisch neu ausgerichtet. Der Förderschwerpunkt liegt seither – so auch beim Landeswohnraumförderungsprogramm 2013, das zum 2. Januar 2013 in Kraft getreten ist –, auf dem Mietwohnungsbereich, vor allem auf der sozialen Mietwohnraumförderung. Ein wichtiger Bestandteil des Programms ist aber auch weiterhin die sozial orientierte Förderung zur Schaffung von selbst genutztem Wohneigentum. Gefördert werden dabei Familien, junge Paare und schwerbehinderte Menschen mit speziellen Wohnbedürfnissen, die bestimmte Einkommensgrenzen einhalten. Daneben ist die energetische Sanierung und der altersgerechte Umbau von landesseitig bereits geförderten Sozialmietwohnungen und von Wohnungen in den Händen von Wohnungseigentümergeinschaften ein wesentliches Anliegen. Das Gesamtvolumen des Programms beträgt rund 63 Mill. Euro. Davon stehen 40 Mill. Euro für die Mietwohnraumförderung (davon 34,4 Mill. Euro für die soziale Mietwohnraumförderung), 18 Mill. Euro für die Förderung selbst genutzten Wohneigentums und rund 5 Mill. Euro für die Modernisierungsförderung für Wohnungseigentümergeinschaften zur Verfügung.⁵²

3.2 Wohnraumversorgung einkommensschwacher Haushalte

Familien mit einem unterdurchschnittlichen Einkommen finden auf dem freien Wohnungsmarkt kaum angemessene und bezahlbare Wohnungen. Sie werden unterstützt durch finanzielle Transferleistungen wie das Wohngeld oder die Übernahme der Kosten für Unterkunft und Heizung im Rahmen der Grundsicherung. Darüber hinaus ist es für einkommensschwache Haushalte wichtig, dass ein ausreichendes Angebot an preisgünstigem Wohnraum zur Verfügung steht.

3.2.1 Wohngeld

Um angemessenes und familiengerechtes Wohnen wirtschaftlich abzusichern, können einkommensschwache Haushalte Wohngeld beantragen. Das Wohngeld ist ein von Bund und Land getragener Zuschuss zu den Aufwendungen für Wohnraum und soll Menschen helfen, deren Einkommen nicht ausreicht, um die Kosten einer angemessenen Wohnung zu tragen. Die Höhe des Wohngeldanspruchs hängt insbesondere von der Haushaltsgröße, dem Gesamteinkommen und der Höhe der zu berücksichtigenden Miete bzw. Belastung (Höchstbeträge) in Abhängigkeit vom Mietniveau des Wohnortes ab. Grundsätzlich keinen Anspruch auf Wohngeld haben u. a. Empfängerinnen und Empfänger von Sozialleistungen (insbesondere von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld nach dem SGB II, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung oder Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII), wenn bei deren Berechnung Kosten der Unterkunft berücksichtigt worden sind. Dies gilt aber namentlich dann nicht, wenn das Ar-

⁵² Die Anwendbarkeit aller Förderansätze der gesamten Mietwohnraumförderung ist derzeit noch gesperrt, bis sich die Europäische Kommission zu diesen Programmbestimmungen geäußert hat. Hintergrund ist die deutlich erhöhte Subventionierung der potenziellen Förderempfänger, so dass diesem Förderbereich, der sich auch an im Wettbewerb stehende Unternehmen richtet, möglicherweise wettbewerbsbeeinflussende Wirkung zukommt. Weitere Informationen zur Wohnraumförderung in Baden-Württemberg finden sich unter <http://www.mfw.baden-wuerttemberg.de/wohnraumfoerderung/121585.html>.

beitslosengeld II bzw. das Sozialgeld ausschließlich als Darlehen gewährt wird oder wenn durch Wohngeld die Hilfebedürftigkeit im Sinne des SGB II respektive SGB XII vermieden oder beseitigt werden kann. Ein Wohngeldanspruch besteht überdies dann nicht, soweit die Inanspruchnahme missbräuchlich wäre, insbesondere wegen erheblichen Vermögens. Zur Berechnung des Wohngeldes werden sogenannte Wohngeldtabellen zugrunde gelegt. Wohngeld wird in Form von Mietzuschuss (für Mieter) oder in Form von Lastenzuschuss (für Wohnungseigentum) gewährt.

2011 erhielten in Baden-Württemberg 77 732 Personen Wohngeld, das heißt auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner kamen sieben Wohngeldempfängerinnen und Wohngeldempfänger. Von diesen erhielten 94 % einen Mietzuschuss und 6 % einen Lastenzuschuss für ein Eigenheim oder eine Eigentumswohnung. Der durchschnittliche Anspruch pro Monat lag bei 131 Euro (Mietzuschuss 129 Euro, Lastenzuschuss 162 Euro). Das Wohngeld hat eine deutliche Entlastungswirkung. Im Durchschnitt mussten die Haushalte durch die Gewährung von Wohngeld 2011 anstatt 430 Euro monatlich nur noch 299 Euro für Wohnkosten aufbringen. Die Gesamtausgaben für das Wohngeld lagen in Baden-Württemberg bei 166 Mill. Euro.⁵³

Rund 1,5 % der Privathaushalte in Baden-Württemberg bekamen 2011 Wohngeld (Deutschland 1,9 %).⁵⁴ Bundesweit zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen Ost und West. In den neuen Ländern war der Anteil der reinen Wohngeldhaushalte fast doppelt so hoch wie im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin). Während 3,1 % der ostdeutschen Haushalte Wohngeld bezogen, waren es in Westdeutschland 1,7 %.⁵⁵

3.2.2 Soziale Wohnraumförderung

Die soziale Wohnraumförderung verfolgt zum einen das Ziel, für Haushalte mit Zugangsschwierigkeiten am allgemeinen Wohnungsmarkt preiswerte Mietwohnungen bereitzustellen und zum anderen Familien bei der Bildung von selbst genutztem Wohneigentum zu unterstützen. Darüber hinaus wird von vielen Ländern und Kommunen auch die Schaffung von behindertengerechtem Wohnraum gefördert. Die Zuständigkeit für die soziale Wohnraumförderung wurde im Zuge der Föderalismusreform mit Wirkung vom 1. September 2006 vom Bund auf die Länder übertragen. Den Ländern obliegen seitdem das Recht zur Gesetzgebung in diesem Bereich sowie die Finanzierung der sozialen Wohnraumförderung. Anstelle von Bundesfinanzhilfen erhalten sie hierfür bis einschließlich 2013 vom Bund eine Kompensation in Höhe von 518,2 Mill. Euro jährlich.⁵⁶

Im Landeswohnraumförderungsprogramm 2013 wurde der Fokus durch eine deutliche Verstärkung der Förderanreize noch stärker auf die soziale Mietwohnraumförderung gelegt, um in den Ballungszentren Baden-Württembergs bei teilweise angespannten Wohnungsmärkten nachhaltigen und preiswerten Wohnraum zu schaffen. Hier werden im Bereich der „Allgemeinen sozialen Mietwohnraumförderung“ sowohl der Neubau (Ersatzneubau landesweit) und der Erwerb von neuem Sozialmietwohnraum als auch das Einräumen von Belegungsrechten (Miet- und Belegungsbindungen) an

⁵³ Weitere Informationen zum Wohngeld in Baden-Württemberg unter <http://www.statistik-bw.de/GesundhSozRecht/Landesdaten/Wohngeld>.

⁵⁴ Reine Wohngeldhaushalte, d.h. nur Haushalte, in denen an alle Haushaltsmitglieder Wohngeld bezahlt wurde.

⁵⁵ Informationen unter https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Soziales/Sozialleistungen/Wohngeld/Aktuell_Wohngeldhaushalte.html.

⁵⁶ Weitere Informationen unter http://www.bmvbs.de/DE/BauenUndWohnen/Wohnraumfoerderung/SozialeWohnraumfoerderung/soziale-wohnraumfoerderung_node.html

freiem bestehendem Mietwohnraum gefördert. Im Bereich der „Sozialen Mietwohnraumförderung für Haushalte mit besonderen Schwierigkeiten bei der Wohnraumversorgung“ werden landesweit Neubau und Kauf neuen Wohnraums sowie Ersatzneubauvorhaben zur Vermietung an ehemals Wohnsitzlose, ehemalige Strafgefangene und Suchtkranke im Rahmen von Betreuungsangeboten unterstützt.⁵⁷ Daneben wird auch im Programm 2013 eine landesweite sozial orientierte Förderung für die Schaffung selbst genutzten Wohneigentums zugunsten einkommensschwächerer Familien und schwerbehinderter Menschen mit speziellen Wohnbedürfnissen angeboten. Dabei wird auf die noch im Programm 2012 bestehende Verpflichtung, älteren Wohnraum im Zusammenhang mit dem Erwerb – soweit zuvor noch nicht geschehen – sogleich energetisch zu modernisieren, verzichtet.

3.2.3 Sozialer Mietwohnraum – Stand und Bedarf

Ende 2010 gab es in Baden-Württemberg rund 63 000 Mietwohnungen, die auf Grund von Förderleistungen in der sozialen Wohnraumförderung Belegungs- und Mietbindungen unterliegen. Ihr Bezug setzt einen Wohnberechtigungsschein voraus. Dieser wird in Baden-Württemberg unter bestimmten Bedingungen, zu denen das Einhalten festgelegter Einkommensgrenzen gehört, von den Gemeinden erteilt.⁵⁸

Die Nachfrage nach preisgünstigem Wohnraum übertrifft das Angebot bei Weitem. Vor allem in den Städten und den angrenzenden Verdichtungsräumen fehlt es an bezahlbarem Wohnraum. In der Untersuchung „Bedarf an Sozialwohnungen in Deutschland“ (2012) geht das Pestel-Institut von einem Bedarf an rund 500 000 Sozialwohnungen in Baden-Württemberg aus, von denen der vorhandene Bestand 2010 weniger als 15 % abdeckte. Bundesweit lag die Bedarfsdeckungsquote zu diesem Zeitpunkt bei 30 %.⁵⁹ Die L-Bank kommt in ihrer Wohnungsmarktbeobachtung 2011 zu dem Ergebnis, dass die Zahl der mietpreisgebundenen Wohnungen in Baden-Württemberg in den vergangenen 10 Jahren stark zurückgegangen und von 177 000 Wohnungen im Jahr 2000 kontinuierlich auf 46 000 Wohnungen im Jahr 2009 gesunken ist. Gründe für diese Entwicklung sind einerseits die hohe Anzahl in der Nachkriegszeit geförderter Wohnungen, die jetzt aus der Bindung fallen, andererseits ist es für Investoren derzeit wenig attraktiv, in den sozialen Wohnungsbau zu investieren.⁶⁰ Dass die kontinuierlich sinkende Anzahl an preis- und belegungsgebundenen Wohnungen und die allgemein angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt für die Städte im Hinblick auf die Bereitstellung von preisgünstigem Wohnraum derzeit eine große Herausforderung darstellt, bestätigt auch eine Befragung der Geschäftsführer der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und der Verantwortlichen für das Wohnraumwesen in den sieben größten Städten Baden-Württembergs (Freiburg im Breisgau, Heidelberg, Heilbronn, Karlsruhe, Mannheim, Stuttgart und Ulm).⁶¹

57 Weitere Informationen unter <http://www.l-bank.de/lbank/inhalt/nav/privatpersonen/mietwohnraum/index.nav?ceid=100332>.

58 Weitere Informationen unter <http://www.mfw.baden-wuerttemberg.de/wohnberechtigung/121607.html>.

59 Pestel-Institut (Hrsg.), 2012, S. 13.

60 Bestand an mietpreisgebundenen Wohnungen laut Kommissionsbericht, L-Bank (Hrsg.), 2012, S. 54 f.

61 L-Bank(Hrsg.), 2012.

3.2.4 Sozialraumorientierte Quartiersentwicklung in benachteiligten Stadtteilen

Eine aktuelle Studie der Bertelsmann Stiftung zum Wohnungsangebot für arme Familien in Großstädten weist darauf hin, dass armutsgefährdete Familien deutlich geringere Chancen haben, eine familiengerechte Wohnung zu finden als finanziell besser gestellte Familien. Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, dass in den 100 einwohnerstärksten Städten Deutschlands durchschnittlich nur 12 % der Angebote für armutsgefährdete Familien finanzierbar sind. Geeignete und finanzierbare Wohnungen für armutsgefährdete Familien sind räumlich hoch konzentriert: Im Schnitt der 100 analysierten Städte liegt die Hälfte der finanzierbaren Angebote in 9 % der Wohnquartiere.⁶² Nach dem Fact-sheet „Soziale Stadtentwicklung und Sozialraumorientierung“ zur Caritas-Kampagne 2013 „Familie schaffen wir nur gemeinsam“ zeichnen sich diese Wohnquartiere oft durch ein unattraktives Wohnumfeld mit einer Vielzahl von Belastungsfaktoren aus. Dazu gehören eine verdichtete Bebauung mit wenig Grün- und Freiflächen, ein veralteter Wohnungsbestand mit hohen Energiekosten, Lärm- und Umweltbelastung sowie eine ungenügende Infrastruktur und öffentliche Verkehrsanbindung.⁶³ Die räumliche Konzentration sozial und ökonomisch benachteiligter Familien und die damit verbundene unfreiwillige Form der Segregation verstärkt bestehende Ungleichheiten und schränkt die Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen ein.

Das **Bund-Länderprogramm „Soziale Stadt – Investitionen im Quartier“** verfolgt das Ziel, wirtschaftlich und sozial benachteiligte Stadt- und Ortsteile aufzuwerten. Durch familienfreundliche und altersgerechte Infrastrukturen sollen mehr Generationengerechtigkeit geschaffen und durch entsprechende städtebauliche Angebotsstrukturen lebendige Nachbarschaften unterstützt werden. Das Programm wurde 1999 unter dem Namen „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ ins Leben gerufen, um die Wohn- und Lebensqualität in benachteiligten Stadtteilen durch eine Verknüpfung von baulich-investiven und sozialen Maßnahmen zu verbessern. Seither wurden insgesamt 607 Maßnahmen in 376 Kommunen unterstützt, 83 davon in Baden-Württemberg. 2012 wurde das Programm umgestaltet und ist seitdem auf rein investive Maßnahmen beschränkt. In Baden-Württemberg werden beispielsweise Maßnahmen in den Bereichen Stadtteileleben, lokale Wirtschaft, Quartierszentren, Wohnen, Wohnumfeld und Ökologie, soziale, kulturelle und bildungsbezogene Infrastruktur sowie das vor Ort tätige Quartiersmanagement gefördert. Ein besonderes Augenmerk liegt in der Stärkung der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, da dadurch die Akzeptanz von Baumaßnahmen und Projekten gestärkt wird. Im Programmjahr 2013 stehen für das Programm Bundesfinanzhilfen in Höhe von 40 Mill. Euro zur Verfügung.⁶⁴

62 Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), 2013.

63 Siehe Deutscher Caritasverband, Fact-sheet zur Caritas-Kampagne 2013 Soziale Stadtentwicklung und Sozialraumorientierung, http://www.caritas.de/magazin/kampagne/familie/familiefoerdern/familienfreundliches_gemeinwesen.

64 Weitere Informationen unter <http://www.bmvbs.de/SharedDocs/DE/Artikel/SW/soziale-stadt.html>.

Die **Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit Baden-Württemberg** hat es sich zur Aufgabe gemacht, insbesondere in Stadtvierteln/-quartieren mit besonderem Handlungsbedarf, eine integrierte, nachhaltige soziale Stadt- und Stadtteilentwicklung zu fördern.⁶⁵ Am 2. Dezember 2011 hat sich auf dem 9. Netzwerktreffen der LAG Soziale Stadtentwicklung BW e.V. in Bruchsal das „Bündnis Soziale Stadt Baden-Württemberg“ gegründet, das sich u.a. für die Fortführung des Programms „Soziale Stadt“ in seiner ursprünglichen Form einsetzt. Darüber hinaus möchte das Bündnis den Dialog darüber suchen, wie der sozialen Entmischung einzelner Wohnquartiere begegnet werden kann. Außerdem geht es darum, die Verstetigung von Projekten zu erreichen und an Überlegungen zu alternativen Fördermöglichkeiten mitzuarbeiten.⁶⁶

3.2.5 Wohnungspolitische Maßnahmen für den Erhalt von Wohnraum

Die Landesregierung plant die Einführung eines Zweckentfremdungsverbots für Wohnraum zur Bekämpfung von örtlichem Wohnraummangel. Das Landesgesetz soll den Gemeinden mit Wohnraummangel die Möglichkeit geben, nach eigenem pflichtgemäßem Ermessen für ihr Gebiet – ganz oder in Teilen – durch Satzung ein Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum festzulegen. Dies gilt unter der Voraussetzung, dass dem Wohnraummangel nicht in absehbarer Zeit durch andere Maßnahmen abgeholfen werden kann. Das Gesetz soll Ende des Jahres 2013 in Kraft treten. Davon können insbesondere die Groß- und Universitätsstädte Gebrauch machen, in deren Gebiet ganz oder teilweise ein enger werdender Wohnungsmarkt die Versorgung der Bevölkerung mit ausreichendem Wohnraum zu angemessenen Bedingungen besonders gefährdet.

Mit Erlass einer Rechtsverordnung der Landesregierung über die Einführung einer Umwandlungsgenehmigung soll für Grundstücke im Geltungsbereich einer Satzung zur Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung bestimmt werden, dass die Begründung von Wohn- oder Teileigentum (§ 1 des Wohnungseigentumsgesetzes) an Gebäuden, die ganz oder teilweise Wohnzwecken zu dienen bestimmt sind, nicht ohne Genehmigung erfolgen darf. Die Verdrängung von Mietern durch Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen kann beispielsweise durch Veräußerungen von Wohnungsbeständen an große Investoren ausgelöst werden. „Umwandlungsspekulationen“ führen dazu, dass alteingesessene Mieter sich ihre Wohnung nicht mehr leisten können oder diese in der Folge der Geltendmachung von Eigenbedarf seitens des Erwerbers verlieren oder deswegen das Quartier verlassen müssen. Als Folge geht in den betroffenen Gemeinde- oder Stadtteilen die alteingesessene Wohnbevölkerung verloren. Durch die geplante Rechtsverordnung unterliegen alle Fälle, in denen Gebäude, die ganz oder teilweise Wohnzwecken zu dienen bestimmt sind, entweder zu Eigentumswohnungen oder zu gewerblichen Zwecken dienenden Räumen werden sollen, einem Genehmigungsvorbehalt.

⁶⁵ Weitere Informationen unter <http://www.lag-sozialestadtentwicklung-bw.de/>.

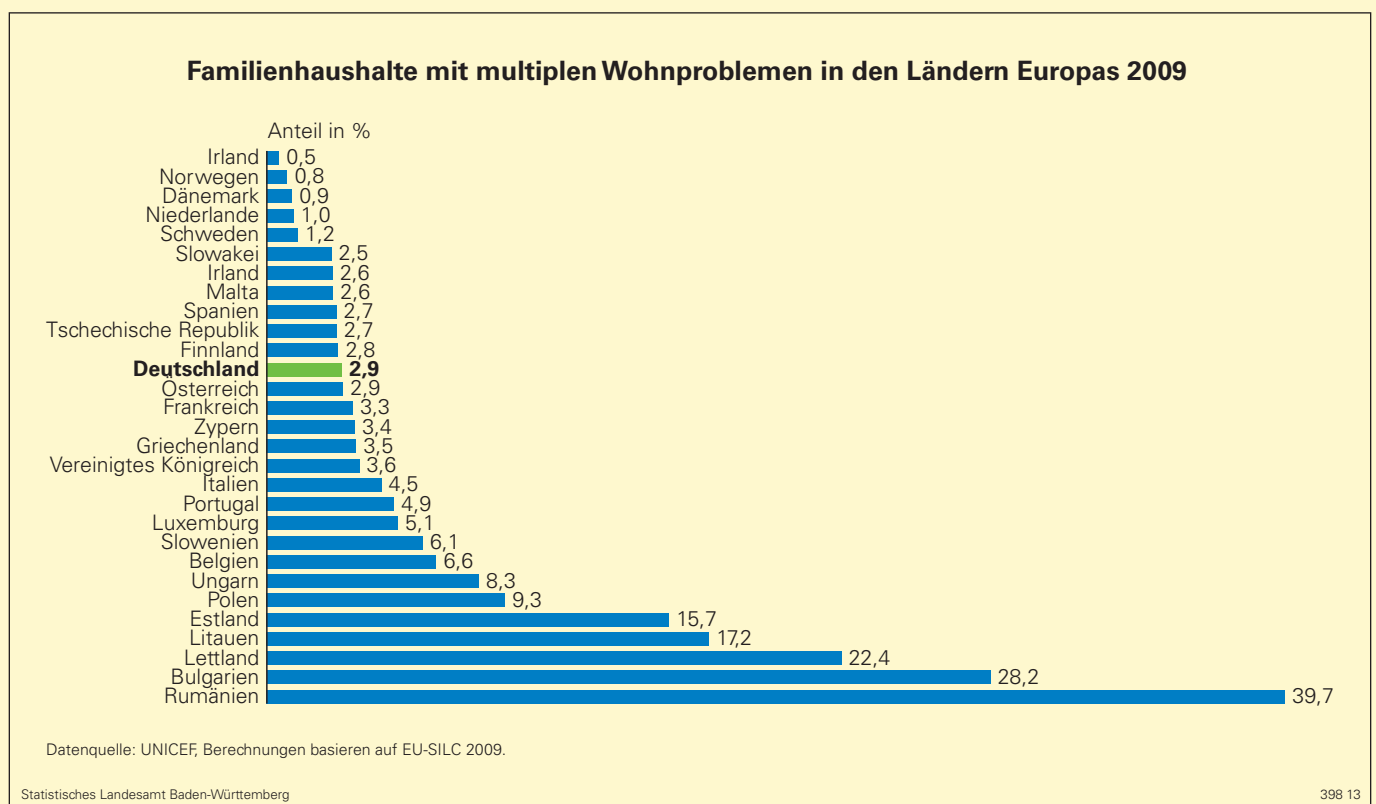
⁶⁶ Weitere Informationen unter http://www.buendnis-soziale-stadt.de/fileadmin/user_upload/Download-Dokumente/Buendnis-soziale-Stadt/Grundungsaufruf_Buendnis_Soziale_Stadt_BW.pdf.

4. Wohnen und Umwelt im internationalen Vergleich

Die dritte internationale UNICEF-Vergleichsstudie zur Lage der Kinder in den Industrieländern untersuchte als eine von fünf Dimensionen auf der Grundlage von Daten der Europäischen Union und der Weltgesundheitsorganisation erstmals auch Aspekte des Wohnens und der Umwelt. Insgesamt liegt Deutschland auf Platz sechs, wenn es um eine gute Lebensumwelt für Kinder geht (kindliches Wohlbefinden). In der Bewertung der Dimension „Wohnen und Umwelt“ belegte Deutschland von 29 untersuchten Ländern den 13. Platz. Dabei wurden in der Kategorie „Wohnen“ die Indikatoren „Räume pro Person“ (Platz 13) und „Multiple Wohnprobleme“ (Platz 12) im internationalen Vergleich betrachtet.⁶⁷

Im Hinblick auf die Qualität der Wohnsituation von Familien zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen Ost- und Westeuropa. Den höchsten Anteil von Familien, die von mehreren Wohnproblemen gleichzeitig betroffen sind, weisen Rumänien (40 %) und Bulgarien (28 %) auf. Belgien und Luxemburg sind die beiden einzigen Länder in Westeuropa, in denen über 5 % der Familien unter mehr als einem der genannten Wohnprobleme leiden. Spitzenreiter sind Dänemark, Island und Norwegen, wo weniger als 1 % der Familienhaushalte davon betroffen sind. In Deutschland lag der Anteil von Familienhaushalten mit multiplen Wohnproblemen 2009 bei 3 %.⁶⁸

Schaubild 4



⁶⁷ Zu den Haushalten mit multiplen Wohnproblemen zählen Haushalte, die unter mehr als einem der folgenden Wohnprobleme leiden: undichtes Dach, Feuchtigkeit in den Wänden, Böden und/oder im Fundament, Fäulnis in den Fensterrahmen oder im Boden; Wohnung zu dunkel oder mit zu wenig Tageslicht; keine Dusche oder Bad; keine Toilette mit Wasserspülung innerhalb der Wohnung zur alleinigen Nutzung durch den Haushalt.

⁶⁸ UNICEF (Hrsg.), 2013.

Literatur

- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Wohnungsangebot für arme Familien in Großstädten. Eine bundesweite Analyse am Beispiel der 100 einwohnerstärksten Städte, 2013, http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-18C33049-A98E5D83/bst/xcms_bst_dms_38453_38454_2.pdf
- Bierstock, K./Eggen, B.: Wohnen, in: Eggen, B./ Rupp, M. (Hrsg.): Kinderreiche Familien, Wiesbaden 2006, S. 113-128.
- Bucksch, J: Bewegungsförderung in der Kommune - was wirkt? in: Landesinstitut für Gesundheit und Arbeit des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Bewegungsförderung in Lebenswelten. Wissenschaftliche Grundlagen und Beispiele guter Praxis. Erweiterte Dokumentation der Fachtagung „Bewegungsförderung in Lebenswelten“ am 18. Oktober 2011 in Düsseldorf, S. 27-29,
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Lebenslagen in Deutschland. Der vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, 2013, http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen-DinA4/a334-4-armuts-reichtumsbericht-2013.pdf?__blob=publicationFile
- Deckl, Silvia: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen in Deutschland und der Europäischen Union. Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA/EU-SILC 2011, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Wirtschaft und Statistik, März 2013, S. 212-227.
- Eisenreich, D.: Einschätzungen privater Haushalte zur Einkommens- und Wohnsituation, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 5/2012, S. 40-43, http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/veroeffentl/Monatshefte/PDF/Beitrag12_05_08.pdf
- FamilienForschung Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt, Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg, Arbeitsgemeinschaft Netzwerk Familien Baden-Württemberg (Hrsg.): Handreichung Familienfreundliche Kommune, Stuttgart 2010
- Kholodilin, K./Mense, A.: Wohnungspreise und Mieten steigen 2013 in vielen deutschen Großstädten weiter, in: DIW Wochenbericht Nr. 45.2012, http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.411126.de/12-45-1.pdf
- Krentz, A.: Wohnsituation in Baden-Württemberg. Ergebnisse der Mikrozensus-Zusatzerhebung 2010, in: Statistisches Monatsheft 6/2012, S. 11-17, http://www.statistik-portal.de/veroeffentl/Monatshefte/PDF/Beitrag12_06_02.pdf
- L-Bank (Hrsg.): Wohnungsmarktbeobachtung 2011, 2012, <http://www.l-bank.de/lbank/inhalt/meta/publikationen/wohnungsmarktbeobachtung-baden-wuerttemberg/downloads.xml?ceid=100471>
- Pestel-Institut (Hrsg.): Bedarf an Sozialwohnungen in Deutschland, 2012, <http://www.pestel-institut.de/images/18/Studie%20Sozialer-Wohnungsbau%2008-2012.pdf>

- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.): Bauen und Wohnen in Baden-Württemberg, 2012, <http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/veroeffentl/Faltblatt/803812019.pdf>
- UNICEF (Hrsg.): Child well-being in rich countries. A comparative overview, Innocenti Report Card 11, 2013, http://www.unicef-irc.org/publications/pdf/rc11_eng.pdf
- Wingen, M.: Wohnbedingungen und Funktionstüchtigkeit der Familien – Anmerkungen zu einer familien- und kindgerechten Wohnungspolitik, in: Zur Theorie und Praxis der Familienpolitik, S. 246-281, 1994.

Datenquellen

Der **Mikrozensus** ist die größte amtliche repräsentative Haushaltsbefragung in Deutschland, an der jährlich 1 % der Personen in Privathaushalten und Gemeinschaftsunterkünften teilnehmen. In Baden-Württemberg werden rund 48 000 Haushalte befragt. Der Mikrozensus liefert grundlegende Daten zur Bevölkerungsstruktur, zum Arbeitsmarkt, zur Bildung sowie zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Bevölkerung. Alle vier Jahre werden in einer Zusatzerhebung des Mikrozensus Fragen zum Wohnungsbestand und zur Wohnungssituation gestellt (zuletzt 2010).

Das **Sozio-oekonomische Panel (SOEP)** ist eine nicht-amtliche repräsentative Wiederholungsbefragung. Die Daten werden vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) bereitgestellt und geben Auskunft über Einkommen, Erwerbstätigkeit, Bildung, Gesundheit, subjektive Einschätzungen sowie die Haushalts- bzw. Familienstruktur. Seit 1984 werden deutschlandweit jährlich über 20 000 Personen in rund 11 000 Haushalten befragt. Weil jedes Jahr die gleichen Personen befragt werden, können langfristige soziale und gesellschaftliche Trends besonders gut verfolgt werden.

Die Statistik **EU-SILC** (European Union Statistics on Income and Living Conditions) ist eine EU-weit vergleichbare Datenquelle über Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Sie wird seit 2005 in allen Mitgliedsstaaten der europäischen Union durchgeführt. Für die freiwillige Teilnahme an EU-SILC werden in Deutschland jedes Jahr rund 14 000 Privathaushalte ausgewählt, die in vier aufeinanderfolgenden Jahren einmal jährlich befragt werden. In Baden-Württemberg sind dies rund 1 700 Haushalte mit insgesamt etwa 3 300 Personen.

Impressum

Der Report „Familien in Baden-Württemberg“ erscheint im Rahmen der Familienberichterstattung vierteljährlich als Online-Publikation. Er enthält aktuelle Daten und wissenschaftliche Erkenntnisse zu verschiedenen Familienthemen und kann unter www.fafo-bw.de/Familien_in_BW kostenlos abonniert werden

Herausgeber

Ministerium für Arbeit und Sozialordnung,
Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg

Klaus Juchart
Schellingstr. 15
70174 Stuttgart

Tel.: 0711-123-0
Fax: 0711-123-3999
Internet: www.sozialministerium-bw.de

Redaktion

FaFo FamilienForschung Baden-Württemberg

Erich Stutzer, Dr. Stephanie Saleth
Böblinger Straße 68
70199 Stuttgart

Tel.: 0711-641-2033
Fax: 0711-641-2444
Internet: www.fafo-bw.de

Layout und Umsetzung

Claudia Busch, Wolfgang Krentz, Florian Lenz

Copyright-Hinweise

@ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2013

Für nicht gewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise über elektronische Systeme / Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Fotonachweis Titelbild: pico-fotolia.com